

Beschluss Vorwort

Antragsteller*in: KMV

Text

82 Gemeinsam unsere Zukunft gestalten!
83 Weil wir hier leben.

84 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt (Oder) gehen motiviert, engagiert und mit einem
85 gewachsenen Selbstbewusstsein in den Kommunalwahlkampf. Wir haben in den letzten
86 Jahren die politischen Debatten mit unseren Inhalten geprägt. Wir haben
87 entscheidende Beschlüsse für die Zukunft unserer Stadt vorangetrieben, den neuen
88 Oberbürgermeister mit aufgestellt und wir stellen nun einen bündnisgrünen
89 Dezernenten – verantwortlich für die Bereiche Bauen, Umwelt und
90 Stadtentwicklung.

91 Der im Oberbürgermeisterwahlkampf versprochene und von vielen Frankfurter*innen
92 geforderte Aufbruch und politische Kulturwechsel in unserer Stadt ist in vollem
93 Gange. Die neue Verwaltungsspitze arbeitet auf allen Ebenen mit einem neuen
94 Selbstverständnis für unsere Stadt. Die Führung der Stadtverwaltung ist nun
95 weiblicher und jünger. Die Themen Bürger*innenbeteiligung und deutsch-polnische
96 Zusammenarbeit haben höhere Priorität bekommen. Die neue Verwaltungsspitze
97 genießt einen Vertrauensvorschuss in Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Das
98 ist ein guter Anfang. Nun gilt es, gemeinsam unsere Zukunft zu gestalten!

99 Denn unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen, aber auch vor vielen
100 Chancen: die Lage an der deutsch-polnischen Grenze und der naturnahen Oder, und
101 die gute kulturelle und soziale Infrastruktur werden zusammen mit der
102 Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg, der ab 2022 weiter
103 verbesserten Zuganbindung an Berlin und der Eröffnung des BER, die Attraktivität
104 des Lebens- und Arbeitsortes Frankfurt (Oder) erhöhen können.

105 Die neue Verwaltungsspitze braucht bei der Gestaltung der Stadt eine starke
106 Stadtverordnetenversammlung, die sie in einem konstruktiven Dialog unterstützt
107 und kritisch begleitet. Bündnis 90/Die Grünen Frankfurt (Oder) tritt zu dieser
108 Wahl erneut gemeinsam mit der Bürgerinitiative Stadtentwicklung an. Uns
109 verbinden 10 Jahre gemeinsames Eintreten für eine nachhaltige, an den Menschen
110 ausgerichtete Stadtentwicklung und unser Engagement für mehr
111 Mitbestimmungsmöglichkeiten der Frankfurter*innen.

112 In den vergangenen fünf Jahren haben wir in der Stadtverordnetenversammlung
113 viele Impulse gesetzt und über Parteigrenzen hinweg die Zusammenarbeit gesucht.
114 Wir haben als gemeinsame Fraktion mit der Piratenpartei und zusammen mit unseren
115 Sachkundigen Einwohner*innen in dieser Stadtverordnetenversammlung bisher 58
116 Anträge gestellt, und für viele von ihnen Mehrheiten gewonnen. Mit 64 Anfragen
117 haben wir die Themen der Bürger*innen aufgenommen und in die politische Debatte
118 eingebracht. Die Bilanz der Fraktion finden Sie auf www.gruebipi.de/bilanz.

119 In einer Welt, in der sich globale Entwicklungen bis ins Lokale auswirken,
120 braucht es starke Bündnisgrüne vor Ort, die im Lokalen handeln, dabei aber die
121 globalen Auswirkungen bedenken. Das ist unsere Stärke.

122 In diesem Programm finden Sie die Ideen, Ziele und Leitbilder von BÜNDNIS 90/DIE
123 GRÜNEN Frankfurt (Oder) für die politische Gestaltung der Stadt in den kommenden

124 Jahren. Auf dieser Grundlage wollen wir die Stadt voranbringen und mit einer
125 starken Fraktion in der nächsten Stadtverordnetenversammlung Verantwortung
126 übernehmen. Wir wollen unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Für ein ökologisches,
127 gerechtes und weltoffenes Frankfurt (Oder).

128 Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Beschluss Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren (Bildung und Uni-Stadt)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

263 Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren

264 Unsere Stadt ist ein Oberzentrum und hat daher auch als Bildungsstandort eine
265 herausragende Bedeutung für die umliegenden Landkreise. Die Bildungslandschaft
266 unserer Stadt ist jedoch durch Schließungen und Zusammenlegungen von Schulen in
267 der Vergangenheit zu stark geschrumpft. Schüler*innen steht im Oberstufenbereich
268 keine ausreichende Auswahl an Schulprofilen mehr zur Verfügung. Die vorhandenen
269 Oberschulen und Gymnasien sind darüber hinaus mit ihren bis zu sieben Zügen zu
270 groß und stoßen immer wieder an ihre räumlichen Kapazitätsgrenzen. Es gibt zu
271 wenige Teilungsräume, um inklusives Lernen und Gruppenunterricht in den Schulen
272 umzusetzen. Wir setzen uns daher nach wie vor für eine weitere Oberschule in
273 Frankfurt (Oder) ein, idealerweise in der Nähe eines vorhandenen
274 Grundschulstandorts und einer vorhandenen Sportstätte. Wir halten eine
275 Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für eine sinnvolle Ergänzung der
276 Frankfurter Bildungslandschaft. Diese erweitert die Auswahlmöglichkeiten und
277 entlastet sowohl das einzig frei zugängliche Gymnasium als auch die beiden
278 Oberschulen. Der mit viel Engagement aufgebaute Bildungscampus am
279 Oberstufenzentrum muss baulich und inhaltlich wieder gestärkt werden.

280 Um den Schulstandort Frankfurt (Oder) zu stärken, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE
281 GRÜNEN wie bisher intensiv für einen verlässlichen und dauerhaften
282 Sachkostenzuschuss der Stadt an die beiden Schulen in freier Trägerschaft ein.
283 Der städtische Zuschuss stellt zwar eine sogenannte freiwillige Leistung der
284 Stadt Frankfurt (Oder) dar, aber eine eventuelle Schließung einer der beiden
285 Schulen würde die Stadt Frankfurt (Oder) verpflichten, selbst wieder die
286 entsprechenden Schulplätze zur Verfügung zu stellen. Dies wäre mit wesentlich
287 höheren Kosten verbunden und würde die Wahlmöglichkeiten der Eltern und
288 Schüler*innen weiter einschränken.

289 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine strategische Sanierung der sozialen
290 und Bildungseinrichtungen ein. Parkettreparaturen, weil das Dach weiterhin
291 tropft, wie vor einigen Jahren in der Erich-Kästner-Schule, darf es nicht mehr
292 geben. Dabei haben für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der schrittweise Abbau des
293 Investitions- und Sanierungsstaus sowie die energetische Sanierung der Schulen,
294 Sportstätten und Kindergärten Priorität. Wir setzen uns für die entsprechende
295 Mittelbereitstellung im städtischen Haushalt ein. Des Weiteren halten wir eine*n
296 Hausmeister*in an jeder Schule für sinnvoll – und zwar unabhängig vom
297 Sanierungszustand. Denn deren Arbeit verringert nachhaltig den
298 Instandhaltungsaufwand der Stadt. Hierzu kann man sich an Modellen aus
299 Brandenburg an der Havel und Cottbus orientieren.

300 Sanierungen in Bildungseinrichtungen sind immer anstrengend für Kinder, Eltern
301 und Angestellte. Deshalb sollten alle Betroffenen so frühzeitig und umfassend
302 wie möglich von der Stadtverwaltung in anstehende Sanierungsplanungen und -
303 prozesse einbezogen werden. Dies stärkt die Zufriedenheit, Mitverantwortung und
304 Identifikation mit den Schulen. Wenn Schüler*innen ihre Schule aktiv

305 mitgestalten können, reduziert das auch die Schäden durch Vandalismus. Eltern
306 und Schüler*innen, die sich in die Gestaltung von Schulaußenanlagen aktiv
307 einbringen wollen, müssen deshalb proaktiv von der Stadtverwaltung unterstützt
308 werden, damit alle rechtlichen Bedingungen eingehalten werden können.

309 Für die Schulen im Stadtteil West halten wir die Schaffung einer Sportanlage
310 (Halle und Außenanlagen) für erforderlich. Nachdem die Sanierung von Schulen
311 lange Zeit Priorität hatte, muss aus unserer Sicht jetzt die Instandsetzung von
312 Sportanlagen verstärkt betrieben werden. Damit werden neben dem Schulsport auch
313 die Aktivitäten der zahlreichen Sportvereine unterstützt.

314 Die Förderung von Medienkompetenz an unseren Schulen ist eine wichtige
315 Verpflichtung in unserer zunehmend digitalisierten Lebens- und Arbeitswelt. Auch
316 als hoch verschuldete Stadt muss sich Frankfurt (Oder) dieser Aufgabe stellen
317 und für eine gute technische Infrastruktur und Ausstattung sorgen. Da dies
318 allein aus dem städtischen Haushalt in den nächsten Jahren nicht möglich ist,
319 müssen hierfür gezielt Landes- und Bundesmittel eingeworben und die
320 Möglichkeiten der städtischen Unternehmen (wie zum Beispiel der FIS) genutzt
321 werden. Medienpädagogische Schulungs- und Beratungsangebote, wie z.B. im MGH
322 MIKADO, halten wir für äußerst wichtig und wollen ihre Aktivitäten für die
323 Schulen und Institutionen in der Stadt fördern.

324 Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung endlich sogenannte „fifty-
325 fifty“ Projekte ermöglicht, in denen Bildungseinrichtungen an ihren eigenen
326 Strom- bzw. Heizkosteneinsparungen finanziell beteiligt werden.

327 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die gesellschaftlichen Bemühungen um
328 Inklusion. Unsere Stadt braucht eine inklusive Gesamtstrategie, die aufzeigt,
329 wie Inklusion in Kindergarten, Schule, Hort, Jugendförderung und Arbeitsmarkt
330 umgesetzt werden kann.

331 Ein gesundes und vollwertiges Schulessen ist uns Bündnisgrünen wichtig. Wir
332 halten frisch gekochtes Essen aus schuleigenen Küchen für den besten Weg und
333 setzen uns für eine Mittelbereitstellung ein, wenn Schulen und
334 Kindertagesstätten vom Catering auf eine hauseigene Küche umstellen wollen. Auch
335 für die Gestaltung von ansprechenden Räumen für Pausen und gemeinsames Essen
336 wollen wir finanzielle Mittel bereitstellen.

337 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität der Kindertagesstätten und Schulen
338 wieder mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken. Gute Bildung und
339 Betreuung beginnt für uns mit gut ausgebildetem Fachpersonal. Wir setzen uns
340 daher für mehr Personalressourcen im Jugendamt ein, um die Praxisberatung und
341 Qualitätsentwicklung in den Kitas begleiten zu können. Außerdem sollte das
342 Jugendamt einen runden Tisch zur Ausbildungsqualität von Erzieher*innen in
343 unserer Region initiieren und leiten, in den Kita-Leiter*innen und
344 Verantwortliche für die Erzieher*innen-Ausbildung einbezogen sind.

345 Gute Bildung und Betreuung ist nur gemeinsam mit den Eltern möglich. Daher
346 fordern wir Träger und Kollegien auf, Weiterbildungen in Elternarbeit und
347 Freiwilligenmanagement anzubieten sowie enge Erziehungspartnerschaften zwischen
348 Einrichtungen und Familien anzustreben.

349 Weil in unserer Stadt immer mehr Kinder leben, sehen wir den Bedarf für eine
350 neue Kita. Diese könnte auch als kommunale Einrichtung entstehen, damit die

351 Stadt leichter auf aktuelle Entwicklungen reagieren und neue Konzepte umsetzen
352 kann.

353 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Spielplätze Orte des Lernens, der
354 Bewegungserfahrung und der Kommunikation von Eltern. Wir engagieren uns dafür,
355 dass es Spielplätze in allen Ortsteilen gibt und der Sanierungsrückstau auf
356 Spielplätzen abgearbeitet wird. Kinder und Eltern sollten zudem mit ihren
357 Wünschen stärker bei der Planung und Gestaltung von Spielplätzen einbezogen
358 werden.

359 Wir wollen die Kita-Träger und Schulkollegien unserer deutsch-polnischen
360 Doppelstadt ermutigen, Begegnungen der Kinder mit unseren Nachbar*innen und
361 deren Sprache zu fördern. Dafür sehen wir viele gute Wege, wie etwa polnische
362 Partnereinrichtungen, die Einstellung von polnischem Fachpersonal oder die
363 Aufnahme von polnischen Kindern. Für einen nachhaltigen Spracherwerb ist es
364 zudem wichtig, dass Polnisch auch beim Schulwechsel nach der Grundschule weiter
365 gelernt werden kann. Entsprechende Möglichkeiten müssen sich deshalb auch in der
366 nächsten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wiederfinden. Die Idee
367 einer bilingualen deutsch-polnischen Grundschule halten wir für richtig und
368 werden sie weiterhin fördern. Gerade im Bildungsbereich leistet das Frankfurt-
369 Ślubicer Kooperationszentrum mit dem Frankfurt-Ślubicer Bildungsbeirat und
370 Bildungsforum wichtige Vernetzungsarbeit, die unbedingt fortgeführt werden muss.

371 Frankfurt (Oder) ist einer von drei Universitätsstandorten im Land Brandenburg.
372 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, diesen durch die gezielte
373 Kooperation zwischen Stadt und Universität weiter zu stärken, um das Potenzial
374 der Europa-Universität Viadrina sowie ihrer Studierenden und Beschäftigten für
375 Stadt und Region besser nutzen zu können. Um Mitarbeiter*innen und Studierende
376 für die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt zu begeistern,
377 müssen wir ihnen vermitteln, dass sie in Frankfurt (Oder) sehr willkommen sind.
378 Deshalb müssen die Stadtverwaltung und andere städtische Akteur*innen bestehende
379 Projekte unterstützen und neue Projekte fördern, um nicht ein Neben- sondern ein
380 Miteinander zu leben. Um die positive Wahrnehmung der Stadt als
381 Universitätsstandort zu fördern, wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit für
382 Kooperationsprojekte verbessern. Außerdem setzen wir uns für mehr
383 niedrigschwellige Formate ein, die den Austausch zwischen Einwohner*innen,
384 Studierenden und Universitätsangehörigen fördern.

385 In den vergangenen Jahren hat sich an verschiedenen Stellen ein themenbezogener
386 Austausch etabliert, der auch in einer großen Bandbreite von
387 Kooperationsprojekten sichtbar geworden ist. Weiterhin haben Forscher*innen und
388 Studierende der Viadrina ihre Expertise und Ideen fruchtbar in städtische
389 Prozesse eingebracht und so die Stadtentwicklung mitgestaltet. Mit der
390 Verankerung der Kooperation zwischen Stadt und Universität in einem Dezernat
391 wurde nun eine gute Grundlage geschaffen, um diese Zusammenarbeit weiter zu
392 intensivieren. Damit dies gelingt, setzen wir uns dafür ein, dass auch weiterhin
393 innovative Kooperationsprojekte entwickelt und der Transfer von Ideen und Know-
394 how aus der gründungstärksten Universität des Landes in die lokale Wirtschaft
395 gefördert werden. Ebenso wollen wir die Expertise von Universitätsangehörigen in
396 weitere städtische Prozesse und Entscheidungen einbeziehen und dadurch die
397 Kooperation von Stadt und Universität weiter verstetigen, um diesen
398 Wissensaustausch nachhaltig für die Stadtentwicklung zu nutzen.

Beschluss Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten (Bürger*innenbeteiligung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

500 Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten

501 Bürger*innenbeteiligung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zentrales Anliegen. Wo
502 immer es geht und rechtlich möglich ist, verstehen wir darunter das Angebot an
503 alle in unserer Stadt lebenden Menschen sowie Initiativen, Vereine und Verbände,
504 sich aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzubringen, unabhängig von
505 Herkunft, Alter oder Wahlrecht. Deshalb ist es uns wichtig, auch nichtdeutsche
506 Einwohner*innen unserer Stadt sowie Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Ziel
507 dabei ist es, nachvollziehbare Entscheidungswege sowie eine offene, transparente
508 und faire Diskussionskultur in Politik, Verwaltung und dem alltäglichen
509 Miteinander in unserer Stadt zu schaffen. Die Verankerung von
510 Bürger*innenbeteiligung im Zuständigkeitsbereich eines Dezernats begrüßen wir
511 als wichtige Aufwertung dieses Themas. Nun gilt es, neue und geeignete
512 Beteiligungsformen für verschiedene politische Entscheidungsprozesse zu
513 entwickeln und dafür zu sorgen, dass alle Bürger*innen die Entwicklung ihrer
514 Stadt mitgestalten können. Uns geht es dabei um eine echte Mitwirkung, die die
515 Bürger*innen ernst nimmt, sie umfassend informiert und ihnen auch eigene
516 Entscheidungsspielräume gibt.

517 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im
518 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger*innen ausgegeben wird.
519 Unser Ziel ist es, den Haushalt verständlicher zu machen und die Bürger*innen an
520 den Entscheidungen über die Stadtfinanzen im Rahmen eines Bürger*innenhaushalts
521 zu beteiligen. Nachdem dieses Thema unter dem früheren Oberbürgermeister nur
522 eine geringe Priorität hatte, begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze es nun
523 zügig umsetzen will. Um diesen Schritt konsequent zu gehen, müssen zunächst die
524 einzelnen Haushaltsposten klar und verständlich aufbereitet und Informationen zu
525 künftigen Vorhaben bereitgestellt werden. Denn ohne eine solide
526 Informationsgrundlage ist die Beteiligung der Bürger*innen am Haushaltsprozess
527 nicht möglich. Darüber hinaus ist es besonders wichtig, dass sie konkrete
528 Vorschläge und Projektideen einbringen können. Hierzu muss klar definiert
529 werden, ob die Bürger*innen auch an konkreten Haushaltsentscheidungen mitwirken
530 können oder in beratender Funktion unterstützen. Nach der Verabschiedung eines
531 Bürger*innenhaushalts muss sichergestellt sein, dass die eingebrachten
532 Vorschläge auch umgesetzt werden.

533 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im
534 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger*innen ausgegeben wird.
535 Deshab begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze den Startschuss für die
536 Einrichtung eines Bürger*innenhaushalts gegeben hat, um die Bürger*innen an den
537 Entscheidungen über die Stadtfinanzen im zu beteiligen. Wichtig für den Erfolg
538 des Bürger*innenbudgets wird es sein, dass die eingebrachten Vorschläge auch
539 zügig mit Unterstützung der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

540 Als drängende Aufgabe sehen wir in den kommenden Jahren den Ausbau der Kinder-
541 und Jugendbeteiligung. Wir wollen zügig die neuen Anforderungen des § 18a der

542 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in Frankfurt (Oder) umsetzen und dabei
543 Kinder, Jugendliche und ihre Wegbegleiter*innen aus der Jugendarbeit dabei
544 unterstützen, geeignete Formate zu entwickeln. Dabei dürfen die
545 Beteiligungsformen keine Kopfgeburt sein, sondern müssen die Begeisterung der
546 Kinder- und Jugendlichen dafür wecken, sich aktiv am politischen und
547 gesellschaftlichen Geschehen in ihrer Stadt und ihrem Quartier zu beteiligen.
548 Offene Jugendkonferenzen können ein guter Ausgangspunkt sein, um die Interessen
549 und Wünsche von Kindern und Jugendlichen sowie passende Formate in Erfahrung zu
550 bringen. Schüler*innen- und Studierendenvertretung sowie Jugendklubs und
551 Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien können sich dabei aktiv
552 einbringen. Ausgehend von diesen Ideenwerkstätten wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
553 Kinder und Jugendliche zudem besser an den für sie relevanten
554 kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen. Dies gilt ganz besonders bei
555 Planungsvorhaben, die unmittelbar und mittelbar die Lebenswelt von Kindern und
556 Jugendlichen betreffen und für sie deshalb auch direkt Ergebnisse ihrer
557 Beteiligung sichtbar machen, wie z.B. die Gestaltung von Schulen oder
558 Spielplätzen. Wir denken hier etwa an die Schaffung konkreter
559 Ansprechpartner*innen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und
560 Jugendliche zugeschnittenen Ideen-, Beschwerde- und Widerspruchssystems.
561 Weiterhin wollen wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass sich Kinder
562 und Jugendliche kontinuierlich und über einzelne Projekte hinaus am politischen
563 Geschehen der Stadt beteiligen können. Ob hierfür ein Jugendbeirat, ein Kinder-
564 und Jugendparlament oder eine andere Beteiligungsform die beste Lösung ist, muss
565 in einem gemeinsamen Prozess mit Kindern und Jugendlichen ermittelt werden. Ein
566 wichtiges Kriterium für uns ist aber, dass sie bei Interesse ähnlich wie
567 sachkundige Einwohner*innen ein Mitspracherecht in den Ausschüssen haben. Eine
568 ernsthafte Initiative zur Erweiterung der Kinder- und Jugendbeteiligung braucht
569 auch ein selbst zu verantwortendes Budget, mit dem kleinere Projekte, Ideen oder
570 Informationsflyer eigenständig umgesetzt werden können.

571 Stadtplanung und Stadtentwicklung gelangen an ihre Grenzen, wenn die
572 Bürger*innen nicht ausreichend daran beteiligt werden. Das gilt auch für die
573 Zusammenarbeit mit Stübice. Fragen wie die eines gemeinsamen Nahverkehrs oder
574 gemeinsamer Stadtentwicklung müssen in Zukunft noch stärker zusammen diskutiert
575 und entschieden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Instrumente wie
576 Bürger*innenbefragungen, Planungswerkstätten oder städtebauliche Wettbewerbe für
577 geeignet, um direkte Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen zu fördern.
578 Die Stadtverwaltung sollte diese Prozesse durch die Bereitstellung geeigneter
579 Förderungen unterstützen.

580 Eine lebendige und demokratische Kommunalpolitik braucht frühzeitige Information
581 der Bürger*innen, Beteiligung bei Planungen, Befragungen und Versammlungen. Um
582 dies im Verwaltungshandeln zu verankern, setzen wir uns für eine Satzung zur
583 Bürger*innenbeteiligung ein. Diese soll auch das Frage-, Auskunfts- und
584 Rederecht der Frankfurter*innen in der Stadtverordnetenversammlung und in den
585 Ausschüssen stärken und die bessere Einbeziehung der Beiräte in die Stadtpolitik
586 fördern.

587 Für bürger*innennahe Lösungen von Problemen vor Ort sind Ortsbeiräte und
588 Stadtteilkonferenzen unverzichtbar. Damit dies gelingt, muss neben ihrer
589 besseren Beteiligung an städtischen Entscheidungsprozessen auch eine
590 ausreichende und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden. Die bereits in
591 Arbeit befindliche Richtlinie für die Auszahlung von Stadttealgeldern ist als

592 Erfolg zu begrüßen. Um eine aktive Bürger*innengesellschaft mit Leben zu füllen,
593 müssen Bürger*innen aber auch jenseits dieser institutionalisierten
594 Beteiligungsformate dazu ermutigt werden, ihr direktes Lebensumfeldes
595 mitzugestalten. Die Übernahme von Patenschaften für Grünflächen auf ungenutzten
596 Flächen unter dem Motto „freiwillig gärtnern“, die Einrichtung von
597 Nachbarschaftstreffs oder andere lokale Initiativen sind dafür gute Beispiele.
598 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern dieses Engagement und setzen sich dafür ein, dass
599 solche Projekte zur Belebung der Innenstadt sowie der Stadt- und Ortsteile noch
600 stärker durch die Stadt unterstützt werden.

601 Auch Menschen ohne deutschen Pass, die in Frankfurt (Oder) leben, wollen wir
602 stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbinden. Wo immer möglich, wollen
603 wir daher nicht nur Bürger*innenbeteiligung, sondern
604 „Einwohner*innenbeteiligung“ umsetzen.

605 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern schon seit langem die Nutzung von Open-Source-
606 Lösungen und einen Live-Stream aus der Stadtverordnetenversammlung. Weil dieser
607 noch auf sich warten lässt, haben wir selbst einen Live-Ticker aus der
608 Stadtpolitik ins Leben gerufen, den über 500 Frankfurter*innen verfolgen und den
609 wir auch weiterhin fortführen wollen. Langfristig müssen solche Initiativen aber
610 in einer Social Media Strategie der Stadtverwaltung verankert werden. Das
611 Online-Informationssystem zur Stadtverordnetenversammlung (ALLRIS) wollen wir
612 bürger*innenfreundlicher ausgestalten.

613 In einem von uns mit erarbeiteten fraktionsübergreifenden Antrag haben wir uns
614 klar für den Erhalt der Außenstelle der Bundesanstalt für Stasi-Unterlagen in
615 Frankfurt (Oder) positioniert und werden uns dafür auch weiterhin auf kommunaler
616 sowie Landes- und Bundesebene einsetzen.

Beschluss Chancen der Digitalisierung nutzen (Digitalisierung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

668 Chancen der Digitalisierung nutzen

669 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen, um
670 Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu
671 gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu stärken.
672 Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze, die bisher an größere Städte
673 gebunden waren. Wo immer es geht wollen wir die Begeisterung dafür fördern,
674 Neues auszuprobieren und sowohl junge als auch ältere Menschen in die Lage
675 versetzen, sich selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen. Bei kommunalen
676 Projekten gilt für uns: Datenschutz und IT-Sicherheit sind keine optionalen
677 Anhängsel, sondern grundlegende Vorbedingung, um überhaupt zu starten.
678 Großprojekte mit erheblichen Auswirkungen auf das alltägliche Leben (wie z.B.
679 Smart-City-Projekte) müssen von Anfang an die Bürger*innen intensiv einbinden,
680 damit tatsächlich die Gesellschaft als Ganze profitiert.

681 Die Digitalisierung unserer Schulen wollen wir in den kommenden Jahren
682 vorantreiben und dafür die in Aussicht gestellten Bundesmittel nutzen. Unsere
683 Kinder und Jugendlichen sollen aufs Beste auf die vernetzte Welt vorbereitet
684 werden. Gleichzeitig wollen wir, dass dabei den Belangen des Strahlenschutzes
685 Rechnung getragen und die Belastung durch hochfrequente Strahlung so gering wie
686 möglich gehalten wird, gerade bei im Wachstum befindlichen Menschen. Eine
687 schnelle Hilfe bei IT-Problemen ist für guten Unterricht unverzichtbar. Wir
688 begrüßen daher, dass die Stadtverwaltung nun eine personelle Aufstockung in
689 diesem Bereich plant.

690 Das Internet stellt auch für Kommunen ein wichtiges Instrument dar,
691 Verwaltungshandeln transparent zu machen und Bürokratie abzubauen. BÜNDNIS
692 90/DIE GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt,
693 dass die Möglichkeiten des Internets stärker für eine bürger*innenfreundliche
694 Kommune genutzt werden. Was die Gestaltung und Benutzungsfreundlichkeit der
695 Homepage der Stadt angeht, gibt es jedoch nach wie vor großen
696 Verbesserungsbedarf. Die „Bürgerplattform“ der Stadt ist dafür ein Ansatzpunkt.
697 Mittlerweile werden hier auch Bürger*innenprojekte, -initiativen und
698 Anlaufstellen vorgestellt. Allerdings muss die ePartizipation in der Stadt noch
699 deutlich verstärkt werden, etwa durch Umfragen und Online-Beteiligungen. Darüber
700 hinaus fordern wir, dass Petitionen der Frankfurter*innen auch über das Internet
701 eingereicht und diskutiert werden können. Die Tools zur ePartizipation sind
702 bereits vorhanden. Nun muss die Stadtverwaltung dafür sorgen, dass sie besser
703 genutzt werden, z.B. durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

704 Wir wollen eGovernment und ePartizipation unter Beachtung der Grundsätze von
705 Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürger*innenfreundlichkeit und Barrierefreiheit
706 deutlich nach vorne bringen. Um niemanden auszuschließen, ist für uns dabei aber
707 auch klar, dass jede Behörden-Dienstleistung auf absehbare Zeit auch weiterhin
708 analog vor Ort angeboten werden muss.

709 Eine digitale und papierlose Stadtverordnetenversammlung ist ein Ziel, um
710 Prozesse nachvollziehbarer und transparenter zu machen. Angesichts der
711 Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit soll hier eine Ende-zu-Ende-
712 Verschlüsselung bei der Kommunikation etabliert werden. Das elektronische
713 Ratsinformationssystem „ALLRIS“ ist ein wichtiges Instrument, das weiterhin
714 genutzt und ausgebaut werden soll. Daher besteht die Notwendigkeit eine
715 ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der
716 Stadtverwaltung sicherzustellen und so eine professionelle Betreuung zu
717 ermöglichen.

718 In den letzten Jahren haben wir uns immer wieder für eine gute technische
719 Infrastruktur stark gemacht, z.B. durch den Antrag unserer Fraktion für
720 öffentliches WLAN im Stadtgebiet. Dessen Umsetzung geht bisher aber noch zu
721 langsam voran. Hier werden wir dran bleiben. Die Weichen für den Breitbandausbau
722 sind gestellt, nun gilt es, diesen auch zügig umzusetzen.

723

724 Wir wollen auch auf kommunaler Ebene die Verwendung von freier Software fördern.
725 Dies erleichtert den Zugang zu digitalen Angeboten, senkt Kosten und stärkt die
726 Beteiligung und die digitale Selbstbestimmung der Bürger*innen.

Beschluss Frankfurt (Oder) und Słubice – Zusammen wachsen

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

786 Frankfurt (Oder) und Słubice – Zusammen wachsen

787 Das Zusammenwachsen Europas und die enge Frankfurt-Słubicer Zusammenarbeit sind
788 nicht voneinander zu trennen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Kooperation zum
789 Wohle der Bürger*innen weiter entwickeln. Gerade in Zeiten, in denen von einer
790 Krise der Europäischen Union die Rede ist und rechtspopulistische Kräfte mit
791 allen Mitteln die Europäische Idee bekämpfen, wollen wir zeigen, dass Grenzen
792 überwunden werden müssen. Wir sehen Kooperation von Anfang an als Chance und
793 Notwendigkeit – gerade in einer Grenzregion. In unsicheren Zeiten wollen wir
794 beide Städte im gemeinsamen Stadtraum weiter zu einem Vorbild der europäischen
795 Zusammenarbeit ausbauen, das weit nach Europa ausstrahlt.

796 Deshalb werden wir das Zusammenwachsen der Zwillingstädte Frankfurt (Oder) und
797 Słubice weiter stärken. Bei Themen wie Stadtentwicklung, Wohnen,
798 Wirtschaftsförderung, Tourismus, Bildung und Kultur ebenso wie im Umwelt- und
799 Klimaschutz, Verkehr und bei der Infrastruktur erreichen wir optimale Ergebnisse
800 nur durch eine bestmögliche Kooperation über die Oder hinweg.

801 Der gemeinsame Stadtraum Słubice-Frankfurt (Oder) muss bei allen Entscheidungen
802 als Gesamtheit betrachtet werden. Dafür sind regelmäßige und enge Kontakte
803 zwischen beiden Städten unerlässlich.

804 Das Frankfurt-Słubicer Kooperationszentrum beider Stadtverwaltungen muss noch
805 stärker in die Lage versetzt werden, die vorhandene Kooperation zu organisieren
806 und kontinuierlich auszubauen. Eine solche Institution muss auch offen für die
807 Bürger*innen beider Städte sein, ihre Ideen aufgreifen und bei der Umsetzung
808 zivilgesellschaftlicher Projekte unterstützen. Zusätzlich müssen der regelmäßige
809 Austausch und die Zusammenarbeit auf Fachebene in beiden Verwaltungen ausgebaut
810 werden – etwa durch die regelmäßige gegenseitige Teilnahme an
811 Arbeitsbesprechungen. Mit dem Frankfurt-Słubicer Handlungsplan haben wir eine
812 gute Grundlage für die Zusammenarbeit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein,
813 planerische Grundlagen für die Vertiefung der Zusammenarbeit zu schaffen, wie
814 z.B. ein gemeinsames Innenstadtkonzept oder einen gemeinsamen Mobilitätsplan.
815 Für solche gemeinsamen Vorhaben muss immer geprüft werden, ob dafür das
816 Instrument des Europäischen Verbundes für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)
817 eine gute Möglichkeit ist, um Probleme zu vermeiden, die sich aus
818 unterschiedlichen nationalen Rechtskreisen ergeben.

819 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Möglichkeiten der gemeinsamen
820 Bürger*innenbeteiligung zu erproben, und die Zivilgesellschaft
821 oderüberschreitend zu vernetzen. Wir könnten uns vorstellen, dass ein
822 gemeinsamer Słubice-Frankfurter Gestaltungsbeirat, mit Bürger*innen aus beiden
823 Städten dabei helfen könnte, das Zusammenwachsen beider Städte voranzubringen
824 und die Verantwortlichen in beiden Städten zu beraten.

825 Für ein intensiveres Zusammenwachsen brauchen beide Städte mehr Bürger*innen,
826 die die jeweilige Nachbarsprache sprechen. Eine gemeinsame Sprache ist ein

827 Schlüssel zum Erfolg für viele Projekte und für einen gleichberechtigten Alltag.
828 Dabei helfen oft schon einfache Grundkenntnisse erstaunlich weit. Wir setzen uns
829 insbesondere auch auf Landesebene dafür ein, dass Polnischunterricht in
830 Frankfurt ausgeweitet und möglichst vielen Schüler*innen als Wahlmöglichkeit
831 angeboten werden kann. Wir wollen Eltern und Schüler*innen mit ansprechenden
832 Kampagnen noch besser über die Vorteile von Polnischkenntnissen – sei es für den
833 Beruf oder die Freizeit – informieren. Wir unterstützen die Idee, eine deutsch-
834 polnische Grundschule zu errichten.

835 Auch im Kultur- und Bildungsbereich wollen wir eine intensivere Zusammenarbeit
836 erreichen und Angebote stärker für die jeweilige Nachbarstadt nutzbar machen,
837 mehrsprachig gestalten und besser kommunizieren.

838 Grenzüberschreitende Herausforderungen im Umweltschutz und bei der Entwicklung
839 gemeinsamer städtischer Infrastruktur müssen systematisch angegangen werden.
840 Dies gilt auch für den Bereich der Sport- und Freizeitinfrastruktur und die
841 Diskussion über die Errichtung eines gemeinsamen Hallenbades. Der Austausch
842 zwischen beiden Städten muss auch durch eine zukunftsfähige
843 Nahverkehrsverbindung gesichert sein, die wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
844 nachdrücklich unterstützen.

Beschluss Gleiche Chancen verwirklichen – Diskriminierung vermeiden (Gleichstellung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

896 Gleiche Chancen verwirklichen – Diskriminierung vermeiden

897 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine tatsächliche Gleichberechtigung der
898 Geschlechter auf allen Ebenen ein. Dazu wollen wir Frauen in den Bereichen
899 fördern, in denen sie noch unterrepräsentiert sind, für eine Stadt kämpfen, die
900 offen ist für lesbische, schwule, bi, trans* und inter* Menschen und uns gegen
901 jede Art der Diskriminierung engagieren.

902 Die Kommunalpolitik wollen wir attraktiver für Frauen gestalten. In den letzten
903 Jahren war nur etwa ein Drittel der Stadtverordneten weiblich. Wir wollen Frauen
904 stärker ermutigen, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen. Ein Beispiel
905 dafür ist unser Frauenfrühstück, das wir regelmäßig durchführen und damit Frauen
906 aller Altersgruppen miteinander ins Gespräch bringen. Durch uns Bündnisgrüne hat
907 sich der Frauenanteil bei Stadtverordneten, aber auch bei Ausschuss- und
908 Fraktionsvorsitzenden sowie bei den Aufsichtsratsmitgliedern und -vorsitzenden
909 deutlich erhöht. Stadtverordnete können sich durch einen erfolgreichen Antrag
910 von uns nun Kinderbetreuungskosten für die meist abendlichen Sitzungen erstatten
911 lassen. So können mehr Eltern aktiv Kommunalpolitik gestalten.

912 Frauen sind häufiger von prekärer Beschäftigung oder Altersarmut betroffen als
913 Männer: Sie bekommen durchschnittlich weniger Lohn für gleichwertige Arbeit,
914 übernehmen noch immer mehr Familienaufgaben oder können nach Teilzeitphasen
915 nicht immer in Vollzeit zurückkehren. Insbesondere für Alleinerziehende stellt
916 die Schichtarbeit ein großes Problem dar. Diese Benachteiligungen wollen wir
917 abbauen, z.B. durch mehr passgenaue Angebote in Kitas und den Dialog mit
918 Unternehmen. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ von Frauen und
919 Männern wollen wir konsequent einhalten und dazu einen Entgeltcheck für die
920 Stadtverwaltung durchführen. Führungspositionen wollen wir für Frauen
921 attraktiver gestalten und den Frauenanteil in verantwortlichen Positionen
922 erhöhen, indem wir qualifizierte junge Frauen hier halten und
923 weiterqualifizieren sowie Expertinnen gezielt ansprechen.

924 Wir brauchen dringend wieder eigene Frauennotunterkünfte oder ein Frauenhaus in
925 unserer Stadt. Über diese Angebote muss niedrigschwellig informiert werden und
926 auch nicht-deutschsprachige Frauen müssen in Notsituationen schnell Hilfe
927 erhalten. Wir sprechen uns außerdem dafür aus, dass sich Frankfurter Schulen an
928 der Initiative „Schulen gegen sexuelle Gewalt beteiligen“.

929 In der Verwaltung müssen zeitgemäße gleichstellungspolitische Standards
930 durchgängig berücksichtigt werden. Zwar ist der Frauenanteil insgesamt relativ
931 ausgeglichen, schaut man aber genauer hin, zeigt sich, dass Frauen in
932 Leitungspositionen noch immer rar sind: Je höher die Position und das Einkommen,
933 desto weniger Frauen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Stadt den gesetzlich
934 vorgeschriebenen Gleichstellungsplan aufstellt und darin Maßnahmen für mehr
935 Frauen in Führungspositionen und zur Vereinbarkeit von Job und Familie ergreift.
936 Er muss evaluiert und weiterentwickelt werden. Auch die regelmäßige

- 937 Berichterstattung zur Gleichstellung muss die Stadt zukünftig umsetzen. Zudem
938 braucht es ausreichend zeitliche Ressourcen für die Gleichstellungsarbeit.
- 939 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Abbau aller Formen von
940 Diskriminierung oder Benachteiligung ein. Die Vielfalt unserer Gesellschaft –
941 beispielsweise hinsichtlich Alter, Herkunft, sexueller Identität, sozialer
942 Situation oder Behinderungen – müssen wir dabei immer mit im Blick haben.
- 943 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bi, trans* und inter* Menschen in unserer
944 Stadt gut leben können. Dazu soll die Stadt sich aktiv am Aktionsplan Queeres
945 Brandenburg beteiligen und das landesweite Projekt Regenbogenfamilien noch
946 stärker unterstützen.

Beschluss Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren (Haushalt und Verwaltung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

947 Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren

948 Ähnlich wie viele andere Städte in berlinferneren Gebieten des Landes befindet
949 sich Frankfurt (Oder) in einer finanziell schwierigen Situation.
950 Unternehmensschließungen, aber auch der jahrelange Rückgang der Bevölkerung und
951 die Alterung der Gesellschaft führten zu Einnahmeausfällen, während die Ausgaben
952 im Sozialbereich kontinuierlich stiegen und weiter steigen werden. Zudem sind
953 nicht alle Verwaltungsaufgaben ausfinanziert, die uns das Land übertragen hat.
954 Als Oberzentrum in Ostbrandenburg übernehmen wir außerdem viele Aufgaben für die
955 umliegenden Kommunen mit: Kultur, ÖPNV, Schulen und Kitas werden nicht nur von
956 Frankfurter*innen genutzt, sondern zu einem nicht unwesentlichen Anteil auch von
957 Menschen aus dem Umland. Das ist gut und richtig, führt aber auch dazu, dass wir
958 die finanziellen Lasten stärker tragen. All diese Rahmenbedingungen haben dazu
959 geführt, dass Frankfurt eine hochverschuldete Stadt ist. Wenngleich es 2018
960 erstmals gelungen ist, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, müssen wir nun bis
961 2030 Altschulden abbauen. Die Unterstützung des Landes durch die
962 Teilentschuldung ist dabei sehr hilfreich, gleichzeitig aber auch eine große
963 Herausforderung, weil wir hohe Eigenanteile erbringen müssen.

964 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unverantwortlich, dass zukünftige
965 Generationen unsere Rechnungen begleichen sollen. Deshalb werden wir konstruktiv
966 daran mitwirken, die Verschuldung abzubauen und einen langfristig ausgeglichenen
967 Haushalt zu erreichen. Natürlich gehört hierzu, unser Haushaltssicherungskonzept
968 umzusetzen und kritisch zu begleiten, aber auch bei Bund und Land eine faire
969 sowie aufgaben- und bedarfsgerechte Aufteilung des Steueraufkommens
970 einzufordern.

971 Die Decke ist immer irgendwo zu kurz! Wir wollen die Bürger*innen bei der
972 Verteilung unserer knappen Mittel beteiligen. Dazu begrüßen wir es, dass 2019
973 erstmalig ein Bürger*innenbudget umgesetzt wird. Dies haben wir seit vielen
974 Jahren gefordert, unter der neuen Verwaltungsspitze wird es nun endlich
975 umgesetzt. Wir werden die Einführung konstruktiv begleiten.
976 Bürger*innen sollen den Haushalt so besser verstehen, eigene Vorschläge
977 einbringen und Prioritäten setzen, aber auch Einsparpotenziale aufzeigen und
978 über Vorschläge abstimmen können. Dadurch werden Entscheidungen sowohl
979 qualifiziert als auch eher akzeptiert. Auf Landesebene setzen wir uns für eine
980 Schuldenbremse mit Augenmaß ein. Notwendige Investitionen und Instandhaltungen,
981 insbesondere in der Infrastruktur und in der Bildung, dürfen nicht einem blinden
982 Spardiktat zum Opfer fallen, wenn deren Unterlassen zu noch schlimmeren
983 Zuständen führen würde. Unsere Grundaufgaben in der Daseinsfürsorge müssen wir
984 stets erbringen können.

985 Etwa zehn Jahre nach Einführung der doppelten Buchführung in der Stadtverwaltung
986 fehlen noch fast alle Jahresabschlüsse. Dieser Rückstand muss schnell bereinigt
987 werden. Erst dann lässt sich mit Soll-Ist-Vergleichen arbeiten und die Steuerung
988 der Verwaltungstätigkeiten über Kennzahlen und strategische Ziele wird möglich.

989 Wir müssen allerdings auch unseren Beitrag leisten und die Verwaltungsabläufe
990 modernisieren. Bei allen Aufgaben muss geprüft werden, ob sie im bisherigen
991 Umfang oder überhaupt von der Stadt geleistet werden müssen. Die Sanierung des
992 Rathauses bietet auch eine gute Gelegenheit, Verwaltungsprozesse zu verschlanken
993 und zu digitalisieren. Die Stadtverwaltung muss ihre Dienstleistungen für die
994 Bürger*innen effektiv und kostengünstig erbringen.

995 In der landesweiten Diskussion über bessere Verwaltungsstrukturen setzen wir auf
996 die Stärkung Frankfurts als Oberzentrum. Eine solche Stärkung muss sich auch bei
997 der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zeigen. Wir wollen, dass
998 jede Maßnahme von den Bürger*innen her gedacht und umgesetzt wird, um dadurch
999 sicherstellen, dass gute kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und
1000 bürger*innennah angeboten werden. Zur Stärkung der Effektivität des
1001 Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen wollen wir eine
1002 engere Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden bei
1003 der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen
1004 Handlungsfeldern erreichen.

1005 Außerdem muss die Arbeit der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen
1006 ökonomischer werden. Zusammenarbeit oder die Integration einzelner Einheiten,
1007 z.B. in der Verwaltung, sind in Betracht zu ziehen, wenn sich dadurch Aufgaben
1008 bei gleicher oder höherer Qualität kostengünstiger erledigen lassen. Ein
1009 Beispiel dafür ist die von uns mit angestoßene Kulturstrukturuntersuchung, mit
1010 der erreicht werden soll, dass wir knappes städtisches Geld nicht für
1011 Doppelstrukturen im Kulturbereich ausgeben, sondern es für das Kulturangebot
1012 nutzen können. Den Verkauf von kommunalen Unternehmen, um kurzfristig
1013 Finanzlöcher zu stopfen, lehnen wir jedoch ab. Insbesondere die gemeinnützige
1014 Pflege gGmbH wollen wir als Teil der städtischen Daseinsvorsorge erhalten.
1015 Privatisierungen müssen am Ende immer die Bürger*innen mit höheren Preisen teuer
1016 bezahlen. Wir wollen prüfen, ob es nicht sinnvoll und kostengünstiger ist, fremd
1017 vergebene Aufgaben wieder in die Stadtverwaltung zurückzuholen (z.B.
1018 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung oder Winterdienst).

1019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Oberbürgermeister als
1020 oberster Verwaltungschef und als Gesellschaftervertreter der kommunalen
1021 Unternehmen darauf drängen muss, dass bei der Auftragsvergabe und Anschaffung,
1022 z.B. von Softwaresystemen und beim Fuhrpark oder bei allgemeinen
1023 Verwaltungsaufgaben, Synergieeffekte erzielt werden. Nicht jedes kommunale
1024 Unternehmen muss das Rad für sich neu erfinden.

1025 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Sach- und Dienstleistungen für
1026 die Stadt kostengünstig eingekauft werden, dabei aber auch sozial-ethische und
1027 ökologische Vergabekriterien zu berücksichtigen sind. Im öffentlichen
1028 Beschaffungswesen darf nicht auf Kosten der Umwelt oder zu Lasten von Menschen
1029 gespart werden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen.
1030 Insbesondere der Kauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit ist
1031 unbedingt zu vermeiden. Möglichst umweltfreundlich hergestellte Produkte aus dem
1032 zertifizierten fairen Handel und aus der Region sollen bevorzugt werden, das
1033 betrifft zum Beispiel Speisen, Getränken und Blumen. Frankfurt (Oder) soll sich
1034 - möglichst gemeinsam mit Slubice - darum bewerben, "Fairtrade Town" zu werden
1035 und sich im Beschaffungswesen an der Zielrichtung der kürzlich von der
1036 Bundesregierung überarbeiteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren,
1037 die an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ausgerichtet ist.

Beschluss Weltoffenes Frankfurt – in Vielfalt zusammen leben (Integration)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

1107 Weltoffenes Frankfurt – in Vielfalt zusammen leben

1108 Ein friedliches Miteinander verschiedener Menschen und Kulturen bereichert
1109 unsere Stadt, ist Ausdruck eines modernen und selbstbewussten städtischen Lebens
1110 sowie die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung in der Zukunft. Deshalb
1111 wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass alle Menschen, die in Frankfurt (Oder) leben,
1112 gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich an der Gestaltung
1113 unserer Stadt beteiligen können. Ein wesentliches kommunalpolitisches Instrument
1114 dafür ist der Integrationsbeirat der Stadt. Dort wollen wir die Perspektiven der
1115 Migrant*innen stärken, indem mehr Mitglieder und möglichst auch eine*r der zwei
1116 Vorsitzenden aus einer Migrant*innen(selbst)organisation stammen soll. Die
1117 Arbeit des Beirats soll außerdem niedrigschwelliger und transparenter
1118 ausgestaltet werden.

1119 Für uns heißt Integration aufeinander zugehen, voneinander lernen, um dann
1120 gemeinsam und auf Augenhöhe eine lebenswerte Stadt für alle Einwohner*innen zu
1121 gestalten. Erste Schritte auf diesem Weg haben wir bereits angestoßen, wie etwa
1122 die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Doch weiterhin braucht es hier
1123 gute Ideen und kluge Konzepte, die eine friedliche und vielfältige Gesellschaft
1124 befördern. Deshalb wollen wir in der nächsten Wahlperiode darauf hinarbeiten,
1125 dass die Integrationsleitlinien der Stadt schnellstmöglich mit dem geplanten
1126 Integrationskonzept und konkreten Maßnahmen unterlegt werden.

1127 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass von der Stadtspitze ein
1128 Prozess zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung angestoßen wird, in dem
1129 gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen konkrete Schritte erarbeitet und auch
1130 entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

1131 Weiterhin wollen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migrant*innen
1132 weiter stärken und besser vernetzen, wie dies mit dem kommunalen
1133 Integrationszentrum bereits in Angriff genommen wurde. Solche Strukturen, die
1134 Migrant*innen dabei unterstützen, sich schnell und umfassend ein Bild vom Leben
1135 in unserer Stadt zu machen, sind ein wichtiger Baustein für ihre
1136 gesellschaftliche Teilhabe. Ausreichend öffentliche Angebote sowie die
1137 Unterstützung von Vereinen, Verbänden und Zivilgesellschaft, die in diesem
1138 Bereich aktiv sind, können außerdem einem Schwarzmarkt für
1139 Übersetzungstätigkeiten und andere Unterstützungsleistungen entgegenwirken.

1140 Für die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen sind Deutschkenntnisse in den
1141 meisten Fällen eine zentrale Voraussetzung. Deshalb wollen wir darauf hinwirken,
1142 den Zugang zu Sprachkursen zu erleichtern und Initiativen unterstützen, die
1143 unabhängig vom Aufenthaltstitel Möglichkeiten zum Spracherwerb bieten. In
1144 einigen Berufen, wie etwa in der Pflege, sind die geforderten Sprachkompetenzen
1145 gemessen an den praktischen Anforderungen im Arbeitsalltag zudem sehr hoch. Hier
1146 wollen wir gemeinsam mit strategischen Partner*innen, etwa Pflegeeinrichtungen
1147 oder dem Jobcenter, darauf hinwirken, dass diese Hürden von den zuständigen
1148 Stellen überprüft werden, um den Fachkräftemangel in diesem Bereich nicht

1149 unnötig zu befördern. Auch eine bessere Aufbereitung und gezielte Verbreitung
1150 von Informationen für junge Migrant*innen zu zukunftssträchtigen Ausbildungs- und
1151 Arbeitsperspektiven kann einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration für
1152 diese Menschen und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten. Frauen stellen
1153 eine besonders wichtige Zielgruppe für solche Initiativen dar.

1154 Wir wollen Menschen, die wegen Krieg und Verfolgung geflüchtet sind und nun in
1155 Frankfurt (Oder) leben, ein sicheres Umfeld bieten. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1156 sind Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete nicht tragbar. Dazu gehört für
1157 uns bspw. auch Afghanistan, weshalb wir uns gegen Abschiebungen von in Frankfurt
1158 wohnhaften Geflüchteten in dieses Land einsetzen. In solchen Fällen lehnen wir
1159 auch das Instrument der Ausweisung als reine Symbolpolitik ab. Bei straffälligen
1160 Geflüchteten ist für uns genau wie bei straffälligen Deutschen eine konsequente
1161 Anwendung des Strafrechts das Mittel der Wahl.

1162 In einer modernen, vielfältigen und weltoffenen Stadt ist kein Platz für
1163 Rassismus, Diskriminierung und Gewalt. Deshalb werden wir uns rassistischen und
1164 rechtsradikalen Umtrieben in der Stadt auch weiterhin entschieden
1165 entgegenstellen – gemeinsam mit der Frankfurter Zivilgesellschaft. Denn eine
1166 aktive demokratische Zivilgesellschaft ist das beste Mittel, um Rassismus,
1167 Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit dauerhaft den Nährboden zu
1168 entziehen.

1169 Präventionsarbeit ist für uns ein zentraler Baustein, um Rassismus,
1170 Diskriminierung und Gewalt vorzubeugen. Dies umfasst für uns auch Möglichkeiten
1171 für Austausch und Begegnung von Menschen – insbesondere Jugendlichen – mit und
1172 ohne Migrationshintergrund zu schaffen. Dazu wollen wir Projekte fördern und
1173 unterstützen, die dieses Ziel nachhaltig in Schule, Verein und Jugendclub oder
1174 auch im Alltag in der Nachbarschaft verfolgen. Dazu gehört auch ein Ausbau der
1175 aufsuchenden und der Migrationssozialarbeit im Stadtraum.

Beschluss Vielfältige Kulturlandschaft erhalten (Kultur)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

1292 Vielfältiges Kulturangebot erhalten

1293 Kunst und Kultur prägen die Lebensqualität der Menschen in einer Stadt.
1294 Frankfurt (Oder) hat ein vielfältiges Kunst- und Kulturangebot. Ob Theater,
1295 Konzerte, bildende Kunst, Festivals, die Museen mit ihren Ausstellungen oder die
1296 freie Szene – sie alle bieten ein beeindruckend breites Angebot für alle
1297 Altersgruppen und Interessen. Gleichzeitig leistet Kultur wichtige Beiträge zu
1298 Bildung, sozialer Teilhabe und Integration. Kulturelle Angebote sind ein
1299 wichtiger Standortfaktor, der unter anderem dafür ausschlaggebend ist, dass
1300 Menschen in unserer Stadt bleiben oder sich hier niederlassen. Kunst und Kultur
1301 stellt einen Wert dar, der gepflegt und in den investiert werden muss.

1302 Ermöglicht wird unser Kulturangebot durch das vielfältige Engagement von
1303 Menschen unserer Stadt sowie die Finanzierung durch Stadt, Land und Bund. Da für
1304 Frankfurt (Oder) als kleine Stadt mit geringem finanziellen Spielraum der Erhalt
1305 unserer Kulturlandschaft eine Herausforderung ist, haben wir in der letzten
1306 Wahlperiode die Initiative ergriffen, um die städtischen Kulturinstitutionen
1307 (Messe und Veranstaltungs GmbH, Kultureigenbetrieb, Staatsorchester) auf
1308 Optimierungspotenzial hin zu untersuchen. Das Nebeneinander der verschiedenen
1309 Strukturen halten wir nicht für zukunftsfähig.

1310 Knappe Gelder sollen vorrangig für das Kulturangebot, nicht für Doppelstrukturen
1311 bei Verwaltungsaufgaben genutzt werden. Inzwischen liegen belastbare Ergebnisse
1312 und Zahlen vor, um eine passende Organisationsform für unsere kommunalen
1313 Kultureinrichtungen aufzubauen und dabei bewährte Ansätze zu verstetigen. Die
1314 Umsetzung kommt mit der neuen Verwaltungsspitze nun zügig voran. Außerdem
1315 streben wir Kooperationen und strukturelle Zusammenarbeit mit den umliegenden
1316 Städten, Gemeinden und Landkreisen an.

1317 In der Kulturentwicklungsplanung halten wir an unseren grundlegenden Zielen und
1318 Maßnahmen für das Kulturangebot in unserer Stadt fest. Dabei ist es für BÜNDNIS
1319 90/DIE GRÜNEN zentral, das kulturelle Angebot trotz bisher sinkender und nun
1320 sanft ansteigender Einwohner*innenzahlen zu erhalten und die kulturelle Bildung
1321 zu stärken. Die Kulturentwicklungsplanung 2016-2020 haben wir durch eine Reihe
1322 von Änderungsanträgen und Gesprächen aktiv begleitet. So konnten wir
1323 Kürzungsvorhaben beim Theater des Lachens, den Oderhähnen und in der
1324 Projektförderung verhindern. Auch für die Wiederherstellung längerer
1325 Öffnungszeiten der Bibliothek haben wir uns eingesetzt, was leider noch nicht
1326 gelungen ist. Die Musik- und die Volkshochschule müssen ausreichend Mittel zur
1327 Verfügung haben, um faire Honorare zu zahlen. Die Ausrichtung der
1328 Volkshochschule als deutsch-polnische Einrichtung muss durch zweisprachiges
1329 Personal gestärkt werden. Auch bei der Fortschreibung der
1330 Kulturentwicklungsplanung, die 2019 beginnt, werden wir uns wieder aktiv
1331 einbringen.

1332 Bei den landesweit bedeutenden Kultureinrichtungen unserer Stadt ist es in den
1333 letzten Jahren gelungen, dass sich Land bzw. Bund stärker an der Finanzierung

1334 beteiligen. Das Museum Junge Kunst ist im Brandenburgischen Landesmuseum für
1335 moderne Kunst aufgegangen und hat nun mehr Möglichkeiten, insbesondere in der
1336 Museumspädagogik. Da die räumlichen Kapazitäten nicht ausreichen, befürworten
1337 wir es, das Landesmuseum perspektivisch im ehemaligen Lichtspieltheater der
1338 Jugend unterzubringen und auch das Depot dort zu integrieren. Das
1339 Brandenburgische Staatsorchester wird nun stärker vom Land finanziert und wir
1340 als Stadt sind entlastet. Dennoch muss die Konzerthalle dringend saniert und auf
1341 den neuesten technischen Stand gebracht werden. Das Kleistmuseum ist durch die
1342 neue Landesstiftung, an der sich auch der Bund finanziell beteiligt, nun
1343 zukunftssicher aufgestellt.

1344 Neben den durch die Stadt vorgehaltenen Kunst- und Kulturangeboten halten
1345 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Unterstützung der freien Szene für notwendig, denn
1346 hier wird Kunst und Kultur nicht nur konsumiert, sondern vor Ort von
1347 Bürger*innen geschaffen, und sie wirkt damit identitätsstiftend für die Menschen
1348 unserer Stadt. Wir werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass der freien
1349 Szene mindestens genauso viele Mittel wie bisher durch die Stadt bereitgestellt
1350 werden und diese nicht durch Haushaltssperren blockiert werden können. Wir
1351 streben perspektivisch eine Erhöhung an, denn auch in diesen Projekten schlagen
1352 sich allgemein steigende Betriebs- und Personalkosten nieder, ohne dass dies in
1353 den letzten Jahren durch eine Erhöhung des Projektmittelfonds kompensiert wurde.
1354 Wir wollen nicht hinnehmen, dass dadurch der Freiraum für Kunst und Kultur
1355 allmählich beschnitten wird.

1356 Die freien Kunst- und Kulturschaffenden sind eine sich stetig wandelnde Szene
1357 aus Vereinen, Initiativen und Akteur*innen, die aus eigener Initiative Kunst-
1358 und Kulturereignisse verwirklichen. Die freie Szene braucht eine verlässliche
1359 Ansprechperson für Fragen der Projektförderung von städtischer Seite, die sie
1360 berät, unterstützt und die einzelnen Initiativen vernetzt. Gerade auch junge
1361 Menschen brauchen Verwirklichungsmöglichkeiten in unserer Stadt, um hier zu
1362 bleiben.

1363 Die Kulturförderrichtlinie wurde 2018 geändert. Seitdem können Privatpersonen
1364 keine Anträge mehr stellen. Das ist nur noch gemeinnützigen Vereinen,
1365 Körperschaften o.ä. vorbehalten. Um eine Vielfalt in der Kulturlandschaft zu
1366 erhalten und auch weniger etablierten Projekten eine Chance zu geben, haben wir
1367 durch Änderungsanträge und Gespräche mit den Verantwortlichen erreicht, dass es
1368 keine starren Vorgaben für die Antragstellung gibt. Vereine können nun auch die
1369 Trägerschaft für unterschiedliche Projekte übernehmen. Das passt jedoch nicht
1370 für alle Konstellationen. Daher werden wir uns für weitere Möglichkeiten
1371 einsetzen, um Einzelkünstler*innen fördern zu können und es Dritten zu
1372 erleichtern, das kulturelle Angebot der Stadt zu erweitern und zu ergänzen.

1373 Für gemeinnützige Vereine ist es oftmals schwer, die Projektkosten auszulegen,
1374 insbesondere bei größeren Projekten. Daher wollen wir verschiedene Möglichkeiten
1375 einer Vorfinanzierung prüfen. Durch eine stringente Haushaltsplanung wollen wir
1376 sicherstellen, dass der Wirtschaftsplan des Kultureigenbetriebs im jeweils alten
1377 Jahr für das neue Jahr durch die Stadtverordneten beschlossen wird, denn nur so
1378 haben das Kulturbüro und die Kunst- und Kulturschaffenden der freien Szene
1379 Planungssicherheit und sind handlungsfähig.

1380 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern des Weiteren eine bessere Abstimmung von größeren
1381 städtischen Kulturereignissen der städtischen Kultureinrichtungen und der freien

1382 Szene sowie mit den Veranstaltungen der umliegenden Städte und Gemeinden und
1383 auch mit der Stadt bzw. dem Kreis Słubice, um künftig Terminüberschneidungen
1384 weitestgehend zu vermeiden.

1385 Im Rahmen des Handlungsplanes Frankfurt (Oder)-Słubice setzen wir uns besonders
1386 für den Erhalt der deutsch-polnischen Festivals „transvocale“, „Unithea“ und
1387 „lAbiRynT“ ein, denn sie werden gemeinsam von leidenschaftlichen Akteur*innen
1388 beider Städte geplant und umgesetzt und stärken somit einen gelebten deutsch-
1389 polnischen Stadtraum Frankfurt (Oder)-Słubice. Wir wollen eine Diskussion über
1390 eine institutionelle Förderung bewährter und seit Jahren mit viel Engagement
1391 betriebener Festivals anstoßen.

1392 Bei der Kulturentwicklung unserer Stadt müssen wir uns zudem den
1393 Herausforderungen einer sich wandelnden Stadtgesellschaft stellen. Die
1394 Kultureinrichtungen und -Projekte wollen wir stärker für die verschiedenen in
1395 unserer Stadt lebenden kulturellen Gruppen und Religionen öffnen. Die
1396 verschiedenen Religionsgemeinschaften in unserer Stadt sollen angemessene
1397 Möglichkeiten haben, ihre Religion auszuüben. Für den bisher provisorischen
1398 muslimischen Gebetsraum braucht es eine längerfristige Lösung und einen
1399 geeigneten Standort. Zudem wollen wir im Sinne einer „Kultur von unten“
1400 Einwohner*innen unterstützen, wenn sie kulturelle Projekte umsetzen möchten.
1401 Perspektivisch halten wir ein städtisch gefördertes und selbst verwaltetes
1402 soziokulturelles Zentrum in der Innenstadt für ein wichtiges Ziel zur Ergänzung
1403 der Frankfurter Kulturlandschaft, denn an einem solchen Ort können sich
1404 Kulturschaffende, Vereine, städtische und studentische Initiativen sowie
1405 engagierte junge Menschen vernetzen und ihr kreatives Potenzial besser
1406 verwirklichen. Außerdem können in solchen Zentren offene (Selbsthilfe-
1407)Werkstätten oder ein Repair-Café ihren Platz finden. Bürger*innen können so
1408 aktiv ihre Stadt gestalten und zu ihrer Belebung und Attraktivität beitragen.
1409 Bestehende Initiativen wie den Brückenplatz / plac mostowy wollen wir im Rahmen
1410 eines soziokulturellen Zentrums erhalten und verstetigen. Das Projekt leistet
1411 einen unschätzbaren Wert für das gute Zusammenleben von Frankfurter*innen,
1412 Słubicer*innen und Geflüchteten.

1413 Auf unseren Antrag hin hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, ein
1414 Konzept zum Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum in Frankfurt (Oder) zu
1415 erarbeiten. Diese Kunstwerke haben oftmals identitätsstiftende Funktionen.
1416 Eingelagerte oder beschädigte Kunstwerke wollen wir Schritt für Schritt wieder
1417 der Öffentlichkeit zugänglich machen. Damit wollen wir der Bedeutung dieses
1418 Themas in der Stadt mehr Gewicht verleihen, um Wege zu finden, wie die Stadt
1419 diesen Schatz sichern und damit zukünftig umgehen kann. Der Erhalt der Kunst im
1420 Rathaus wird bei der Sanierung von besonderer Bedeutung sein.

Beschluss Mobilität

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

1600 Mobilität

1601 Mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben der öffentliche Nahverkehr, Radfahrer*innen und
1602 Fußgänger*innen Vorfahrt. Mobilität soll fahrgast- und umweltfreundlich
1603 gestaltet werden und attraktive Alternativen zum eigenen Auto anbieten. Alle
1604 Verkehrsarten sollen in einem integrierten Konzept aufeinander und mit der
1605 Stadtentwicklung abgestimmt werden, dem Mobilitätsplan 2030+. Dieser Plan muss
1606 die Verkehrswende befördern. Dazu bedarf es der Verkehrsvermeidung und einer
1607 Veränderung der Verkehrsmittelwahl zu Lasten des motorisierten
1608 Individualverkehrs. Lärm- und Schadstoffemissionen werden so reduziert, Klima
1609 und Umwelt geschont und Gesundheit und Lebensqualität verbessert. Den
1610 Lärmaktionsplan und den Luftreinhalteplan wollen wir stringent und ambitioniert
1611 umsetzen.

1612 Das fortschreitende Zusammenwachsen von Frankfurt (Oder) und Słubice erfordert
1613 eine gemeinsame Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1614 setzten sich dafür ein, dies zu einem wichtigen Element im Rahmen der Umsetzung
1615 des Frankfurt-Słubicer Handlungsplans zu machen.

1616 In diesem Kontext sollen auch gemeinsam Maßnahmen untersucht werden, die das
1617 Zusammenwachsen beider Seiten der Oder befördern. Einer weiteren Verbindung
1618 zwischen beiden Städten, insb. für den Fuß- und Radverkehr, stehen wir
1619 grundsätzlich positiv gegenüber. Dabei muss sichergestellt werden, dass der
1620 Nutzen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität nachweisbar und eine
1621 Finanzierung über europäische Fördermittel möglich ist.

1622 Die Buslinie 983 verbindet nun seit über 6 Jahren den Frankfurter Bahnhof mit
1623 dem Słubicer Busbahnhof. Sie ist sehr gut ausgelastet und teilweise überlastet.
1624 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, diesem Bedarf gerecht zu werden und die
1625 Verbindung in Abstimmung mit der Stadt Słubice und der Studierendenschaft der
1626 Universität, die die Linie mitfinanziert, weiter auszubauen. Wir halten auf
1627 dieser Verbindung einen 30- oder 20-Minutentakt für sinnvoll.

1628 Mittelfristig werben wir weiterhin dafür, die sogenannte Doppelstrategie beider
1629 Städte ernst zu nehmen und die Buslinie durch eine Tram zu ersetzen. Platz für
1630 eine Tramtrasse ist bei der Sanierung der Słubicer Straße vorgehalten worden.
1631 Wenn beide Städte das Projekt angehen wollen, sollen EU-Fördermittel genutzt und
1632 Synergieeffekte mit anderen grenzüberschreitenden Projekten gesucht werden.

1633 Wir wollen in der neuen Wahlperiode im Frankfurter Stadtverkehr die
1634 Barrierefreiheit erreichen. Dafür haben wir bereits wichtige Weichen gestellt:
1635 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben 2017 einen Antrag zur Anschaffung barrierefreier
1636 Straßenbahnen eingebracht und erfolgreich für eine Mehrheit für das Vorhaben
1637 geworben. Nun gilt es, den Ankauf und die Inbetriebnahme der neuen Fahrzeuge bis
1638 2022 umzusetzen, für eine zeitgemäße Ausstattung inklusive ausreichend Raum für
1639 Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder zu sorgen und den barrierefreien Umbau der
1640 Haltestellen zu forcieren. Damit soll nicht nur die UN-

1641 Behindertenrechtskonvention zum barrierefreien ÖPNV bis 2022 umgesetzt werden,
1642 sondern auch dem demographischen Wandel mit immer mehr älteren Menschen Rechnung
1643 getragen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Wohngebiete
1644 durch Buslinien erreichbar sind und – falls eine dauerhafte Anbindung nicht
1645 wirtschaftlich ist – zumindest einzelne Fahrten zu gewährleisten, die bspw. für
1646 Schüler*innen, Senior*innen und Pendler*innen notwendig sind. Parallelverkehre
1647 sollen abgebaut werden, um Kapazitäten für dringendere Aufgaben nutzen zu
1648 können.

1649 Für das Oberzentrum Frankfurt (Oder) sind gute regionale und überregionale
1650 Eisenbahnanbindungen lebenswichtig, auch außerhalb der Hauptachsen nach Berlin,
1651 Cottbus und Poznań. Der Landesnahverkehrsplan 2018 ist wenig ambitioniert und
1652 hängt den Bedarfen hinterher. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich 2017 stark bei
1653 der Fortschreibung engagiert. Es konnte zumindest erreicht werden, dass die
1654 gefährdeten Bahnstrecken RB 36 nach Königs Wusterhausen über Beeskow und RB 60
1655 nach Eberswalde über Seelow und Bad Freienwalde gesichert sind. Erst ab Dezember
1656 2022 sollen zudem alle Linien im Stundentakt sowie der RE 1 nach Berlin und
1657 Brandenburg bzw. Magdeburg mit zwei und in der Hauptverkehrszeit mit drei Zügen
1658 pro Stunde verkehren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden für eine strikte Umsetzung
1659 der Planungen eintreten und ebenso die Einführung des Deutschlandtakts kritisch
1660 begleiten, der bis 2030 in Kraft treten soll und dessen erster Entwurf vorliegt.
1661 Auf Landesebene soll eine schnellere Umsetzung und eine zusätzliche
1662 Kapazitätserhöhung auf der stark nachgefragten Verbindung nach Berlin durch mehr
1663 Waggons erreicht werden. Außerdem fordern wir die Strecke in das VBB-Projekt
1664 „Rad im Regio“ aufzunehmen, das seit 2016 erfolgreich auf vier anderen
1665 Regionalexpresslinien in Berlin und Brandenburg läuft.

1666 Wir machen uns für die Wiedereinrichtung eines Haltepunkts auf der Strecke der
1667 RB60 in Booßen stark sowie für die Übernahme des PlusBus-Konzepts für die
1668 überregionale Anbindung Frankfurt (Oder) insbesondere mit Märkisch-Oderland. Der
1669 Haltepunkt Helenensee muss besser nutzbar gemacht werden – für Badegäste und
1670 Festivalbesucher*innen.

1671 Der Nahverkehr in Richtung Polen wurde im Jahresfahrplan 2019 von zwei auf vier
1672 Zugpaare verdoppelt. Das ist aber noch nicht ausreichend. In den letzten Jahren
1673 gab es immer wieder ein Auf und Ab bei den deutsch-polnischen Zugverbindungen.
1674 Dies macht sie wenig planbar und somit unattraktiv. In Richtung Zielona Góra
1675 sollte ein Zwei-Stunden-Takt eingeführt werden. Alle Züge des Nahverkehrs bieten
1676 derzeit Fahrradmitnahme an, ebenso die Eurocity nach Warschau und Gdynia im
1677 Fernverkehr. Das soll so bleiben und die Kapazitäten bei Bedarf ausgeweitet
1678 werden.

1679 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die neue Nachtzugverbindung vom Bahnhof
1680 Frankfurt (Oder) nach Wien, Bratislava – Budapest und Kraków – Przemyśl über
1681 2019 hinaus dauerhaft zu etablieren und auch auf dieser Verbindung die
1682 Fahrradmitnahme anzubieten. Die Buchbarkeit aller Verbindungen, auch die der
1683 Russischen Staatsbahn nach Paris, Minsk und Moskau soll verbessert werden. Im
1684 kleinen Grenzverkehr müssen günstige Preise die bisherigen teuren Auslandstarife
1685 ablösen. Wünschenswert ist die wechselseitige Einbindung in den VBB- und den
1686 Przewozy-regionalne-Tarif.

1687 Frankfurter*innen und ihre Gäste können acht europäische Hauptstädte
1688 umsteigefrei, bequem und umweltfreundlich mit der Bahn erreichen – das soll in
1689 Stadtmarketing und Tourismus offensiv beworben werden.

1690 Bei unseren Straßen, Rad- und Fußwegen setzen wir auf Instandsetzungen zum
1691 Werterhalt. In den letzten Jahren war das städtische Budget für all diese
1692 Bereiche zu gering und wurde nun unter der neuen Verwaltungsspitze aufgestockt.
1693 Dies wollen wir verstetigen.

1694 Fußgänger*innen sollen überall in der Stadt kurze, direkte, barrierefreie und
1695 sichere Wege vorfinden. Viele Gehwege befinden sich in einem sehr schlechten
1696 Zustand und sind nicht barrierefrei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen
1697 Zeitplan mit Prioritätensetzung, nach dem der Reparaturrückstau aufgearbeitet
1698 wird. Das Überqueren der Fahrbahn muss an allen benötigten Stellen sicher
1699 möglich sein, ggf. unterstützt durch bauliche Querungshilfen. Zeitraubende
1700 Bedarfsanmeldung an Ampelkreuzungen soll auf ein Minimum reduziert werden.
1701 Fußverkehr soll im Mobilitätsplan 2030+ adäquat gefördert werden.

1702 Der Radverkehr ist ein Sorgenkind in Frankfurt (Oder) geblieben. Auf Initiative
1703 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde zwar im Haushalt ein eigener Titel für Maßnahmen
1704 zur Förderung des Radverkehrs eingestellt, dieser ist jedoch nur für
1705 Instandsetzungen, nicht aber für Investitionen nutzbar. Trotz zahlreicher
1706 Einzelmaßnahmen, wie das Anlegen von Schutzstreifen, Ausweisen von
1707 Fahrradstraßen und Öffnen von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, sind noch immer
1708 keine längeren Verbindungen durchgängig fahrradfreundlich ausgebildet.
1709 Insbesondere über die großen Kreuzungen der Stadt fehlt eine stringente, sichere
1710 Führung des Radverkehrs. Der Abstand zu fahrradfreundlicheren Städten wie
1711 Potsdam oder Cottbus ist dadurch leider eher größer als kleiner geworden.

1712 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, gleich zu Beginn der neuen
1713 Wahlperiode das Radverkehrskonzept fortzuschreiben, die Radrouten durchgängig zu
1714 entwickeln und im Haushalt mittelfristig auch investive Maßnahmen für den
1715 Radverkehr einzuplanen. Es braucht eine zügige Umsetzung mit Zeitplan und
1716 Prioritätensetzung. Die Führung des Radverkehrs soll in der Regel nicht auf den
1717 Gehwegen, sondern der Fahrbahn erfolgen. Radfahrstreifen sollen zukünftig
1718 überall, wo es möglich ist, gegenüber Schutzstreifen bevorzugt werden, weil sie
1719 komfortabler und sicherer sind. An geeigneten Stellen soll auch die Anordnung
1720 geschützter Radfahrstreifen („Protected Bike Lanes“) geprüft werden, die baulich
1721 vom restlichen Straßenverkehr getrennt sind. Radwege dürfen nicht wie so oft
1722 genau vor den großen Kreuzungen aufhören, das betrifft insbesondere die Kreuzung
1723 direkt vor der Stadtbrücke. Hierzu muss sich die Abstimmung mit dem
1724 Landesbetrieb für Straßenwesen verbessern.

1725 Wir brauchen sichere Abstellanlagen an allen wichtigen Punkten der Stadt in
1726 ausreichender Anzahl und Qualität, insbesondere am Bahnhof besteht dringender
1727 Nachholbedarf. Ein Mietfahrradangebot soll geprüft und entsprechende Initiativen
1728 unterstützt werden. Alle Maßnahmen sind in der Fortschreibung der
1729 Radverkehrskonzeption koordiniert zu erfassen und damit in den Mobilitätsplan
1730 2030+ zu integrieren.

1731 Für höhere Lebensqualität in den Stadtteilen und mehr Sicherheit auf den Straßen
1732 wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überall wo dies rechtlich möglich ist Tempo-30-
1733 Zonen ausweisen, sei es aufgrund von Lärmbelastung oder Unfallgefahren. Zudem
1734 wollen wir Projekte verwirklichen, die schon in der Anlage von Straßen und

1735 Plätzen die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen gewährleisten
1736 („Shared Space“). Die Neuaufteilung oder Verengung von Verkehrsflächen darf kein
1737 Tabu sein, insbesondere bei vierspurigen Straßen. Wir wollen beim Neubau oder
1738 der Umgestaltung von Kreuzungen immer prüfen, ob alternativ ein Kreisverkehr
1739 angelegt werden kann. Bei Ampeln muss hinterfragt werden, ob diese in schwach
1740 genutzten Gegenden oder Zeiten ausgeschaltet werden können. Den Schwer- und
1741 Durchgangsverkehr wollen wir aus der Innenstadt weitestgehend heraushalten.
1742 Hierfür muss vermehrt die Autobahnbrücke genutzt und Güter müssen auf die
1743 Schiene verlagert werden.

1744 Die Reduzierung der hohen Feinstaubemissionen in der Stadt, die eine
1745 Gesundheitsgefahr insbesondere für Kinder darstellen, hat für uns oberste
1746 Priorität. Alle Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen Verringerung dieser
1747 Emissionen beitragen, werden unterstützt. Solange es zu
1748 Grenzwertüberschreitungen kommt, bleibt auch die Dynamische Umweltgesteuerte
1749 Verkehrsumleitung (DUV) wichtig, obwohl sie nur an die Symptome und nicht an die
1750 Ursachen geht. Ziel bleibt die Reduzierung besonders umweltbelastender
1751 Verkehrsarten. Wir werben auch in unseren Nachbarkreisen für eine Umstellung auf
1752 umweltfreundliche Verkehrsmittel, die Frankfurt aus dem Umland erreichen.

1753 Zur Reduzierung innerstädtischer Fahrten im motorisierten Individualverkehr
1754 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN attraktive „Park & Ride“-Angebote mit Parkplätzen
1755 und Umsteigemöglichkeiten in den ÖPNV am Stadtrand, z.B. in Markendorf,
1756 Neuberesinchen und am Spitzkrug Multi Center. Das
1757 Parkraumbewirtschaftungskonzept, das in den letzten Jahren etabliert wurde,
1758 sehen wir als Schritt in die richtige Richtung. Für Gewerbetreibende und
1759 Anwohner*innen muss es ausreichend Parkplätze geben, Langzeitparker*innen dürfen
1760 diese Stellplätze nicht blockieren. Es braucht eine für Frankfurter*innen und
1761 für Tourist*innen attraktive Innenstadt, die zum Verweilen und Flanieren einlädt
1762 – das erreichen wir nicht durch Blechlawinen.

1763 Autos sind längst keine Statussymbole mehr. Man muss keines besitzen, um hin und
1764 wieder eines zu benutzen. Das Car-Sharing-Angebot der Stadtverkehrsgesellschaft
1765 ist noch zu wenig bekannt und hat einen ungünstigen Standort außerhalb des
1766 Zentrums und anderer Verkehrsknoten. Es muss breiter aufgestellt und besser
1767 kommuniziert werden. Auch Mietfahrrad-Angebote, darunter auch Lastenräder,
1768 sollte es in Frankfurt (Oder) geben. Mit der Summe der genannten Einzelmaßnahmen
1769 und einer integrierten Planung kann der Einstieg in die Verkehrswende in
1770 Frankfurt (Oder) gelingen und zugleich die Mobilität der Bevölkerung und der
1771 Gäste verbessert werden.

Beschluss Sicher leben in einer sauberen Stadt (Sicherheit und Ordnung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

1830 Sicher leben in einer sauberen Stadt

1831 Frankfurt (Oder) ist eine schöne Stadt mit vielen Grünanlagen, der Promenade an
1832 der Oder, den Straßen und Plätzen. Aber unsere Stadt wirkt an vielen Stellen
1833 ungepflegt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten, dass die Stadt mehr Aufwand für
1834 Ordnung und Sauberkeit betreiben will. Denn wo weniger Müll liegt und es weniger
1835 kaputte oder verfallene Gebäude und Einrichtungen gibt, ist die Hürde auch
1836 größer, noch weiter zu so einer Entwicklung beizutragen. Doch das Engagement der
1837 öffentlichen Hand wird hier nicht reichen. Deshalb unterstützen wir Initiativen
1838 von Bürger*innen, die ergänzend zu den Aktivitäten der Stadt für mehr Sauberkeit
1839 und Pflege im Stadtraum sorgen, wie z.B. die vielfältigen Aktionen im Lenné-
1840 Park, die Osterglocken-Aktion in Güldendorf, die Spielplatz-Aktion im Wohngebiet
1841 Paulinenhof oder auch die Green-Sports-Initiative am Horten-Vorplatz. Sie
1842 zeigen, was die Frankfurter*innen erreichen können, wenn Sie gemeinsam anpacken.
1843 Wenn sich Bürger*innen mehr um ihre Stadt kümmern und sich mit ihr
1844 identifizieren, wird Zerstörung und Unsauberkeit schon in den Anfängen begegnet
1845 und damit auch ein Klima der Sicherheit in der Stadt befördert.

1846 Wie auch der Deutsche Städtetag feststellt, stehen in der Sicherheits- und
1847 Ordnungspolitik noch immer repressive Maßnahmen im Vordergrund. Für BÜNDNIS
1848 90/DIE GRÜNEN ist aber Prävention das wichtigste Mittel zur Bekämpfung von
1849 Kriminalität und Gewalt. Denn wir wollen Straftaten und Gewalt in der Stadt
1850 begegnen, bevor sie überhaupt entstehen.

1851 Das heißt ganz konkret, dass dieses Thema schon in der Stadtplanung und
1852 Stadtentwicklung mitgedacht werden muss. Der öffentliche Raum muss so gestaltet
1853 werden, dass eine ausreichende Beleuchtung oder die Vermeidung unübersichtlicher
1854 Flächen keine Unsicherheitsgefühle bei den Bürger*innen aufkommen lassen.
1855 Hierfür sind regelmäßige Begehungen solcher Bereiche notwendig, auch gemeinsam
1856 mit Bürger*innen.

1857 Weiterhin ist für eine präventiv ausgerichtete Sicherheitspolitik die Vernetzung
1858 aller Beteiligten von Bildung über Sozialarbeit bis hin zu Ordnungsamt und
1859 Polizei von zentraler Bedeutung. Denn nur durch eine bereichsübergreifende
1860 Zusammenarbeit bei der Sicherheit ist es möglich, Gefahrenlagen frühzeitig zu
1861 erkennen und angemessene Maßnahmen zu entwickeln sowie die Präventionsarbeit in
1862 der Stadt so zu steuern, dass die Angebote aller Beteiligten gezielt ineinander
1863 greifen. Um dies nachhaltig zu verankern, muss dieser Arbeit auch ein Konzept
1864 für die Präventionsarbeit in der Stadt zugrunde liegen, das regelmäßig überprüft
1865 und fortgeschrieben wird. Ankerpunkt einer solchen bereichsübergreifenden Arbeit
1866 könnte eine Steuerungsgruppe sein, die sich regelmäßig trifft. Den Sicherheits-
1867 und Präventionsbeirat wollen wir evaluieren und weiterentwickeln.

1868 Auch bei noch so umfassenden Präventionsmaßnahmen wird es trotzdem zu
1869 Kriminalität, Gewalt oder Gefahrensituationen in der Stadt kommen. Hier sind zu
1870 allererst die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden gefordert, die bestehende
1871 Rechtslage umzusetzen und dadurch für Sicherheit zu sorgen. Dafür braucht es

1872 eine ausreichende personelle Ausstattung von Polizei und Gerichten, für die wir
1873 uns auf Landesebene weiterhin einsetzen werden.

1874 Gerade in der Innenstadt bestehen weiterhin Probleme mit Alkohol- und
1875 Drogenkonsum sowie mit Gewalttaten, insbesondere von Jugendlichen und jungen
1876 Erwachsenen. Alkoholverbotzonen, Zonen mit anlasslosen Personenkontrollen und
1877 Videoüberwachung lehnen wir ab, weil sie drastische Einschnitte in die
1878 Freiheitsrechte aller Bürger*innen darstellen und die eigentlichen Probleme
1879 nicht lösen, sondern nur verlagern. Kurzfristig kann bei akuten
1880 Konfliktsituationen eine erhöhte Präsenz von Ordnungskräften zur Befriedung
1881 beitragen. Im Sinne einer nachhaltigen Problemlösung halten wir aber auch hier
1882 präventive Maßnahmen, wie etwa bessere Bildungs- und Freizeitangebote oder
1883 gezielte Programme zur Gewaltprävention für Jugendliche, die Stärkung von
1884 aufsuchender Sozialarbeit an Brennpunkten – auch mit den notwendigen
1885 Sprachkenntnissen – für die bessere Lösung. Auch Räume für Trinker*innen mit
1886 sozialer Betreuung oder aufsuchende Suchtberatung sollten angeboten werden.

Beschluss Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle (Soziales)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2019 Gerechtes Frankfurt – eine Stadt für alle

2020 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für das Recht aller Menschen auf ein
2021 menschenwürdiges Leben. Dabei geht es uns vor allem darum, Teilhaberechte zu
2022 garantieren und den Zugang zu Bildung, Freizeit, Wohnen und Kultur
2023 sicherzustellen. Ein unabhängiges Beratungsnetz muss Hilfe bieten für Menschen,
2024 die in Armut oder in Notsituationen geraten.

2025 Fast jedes dritte Frankfurter Kind unter 18 Jahren ist ganz oder teilweise auf
2026 staatliche Leistungen angewiesen. Damit herrscht in Frankfurt (Oder) die höchste
2027 Kinderarmutsquote aller Kreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg. Hinzu
2028 kommt, dass die Kinderarmut in Frankfurt sogar leicht gestiegen ist, während
2029 überall sonst im Land ein Rückgang zu verzeichnen war. Neben der angespannten
2030 finanziellen Lage kann sich auch die teilweise zu beobachtende kulturelle,
2031 soziale und emotionale Armut nachhaltig auf das Wohlbefinden und die
2032 Zukunftschance der Kinder auswirken. Deshalb ist uns die Bekämpfung von Kinder-
2033 und Familienarmut besonders wichtig. Wir unterstützen die Initiative des
2034 Oberbürgermeisters, sich der Thematik anzunehmen und eine Gesamtstrategie für
2035 diese zentrale Herausforderung zu entwickeln. Für dieses Anliegen halten BÜNDNIS
2036 90/DIE GRÜNEN die Familienförderung für eine der wichtigsten gesellschaftlichen
2037 und somit auch kommunalen Aufgaben. Unsere Stadt hat einige gute
2038 niedrigschwellige Ansätze entwickelt, um Familien zu helfen und zu begleiten,
2039 wie etwa den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme oder auch die enge
2040 Kooperation zwischen Eltern-Kind-Zentren, Kitas und Familienhilfe. Wir setzen
2041 uns weiterhin dafür ein, den Baby-Besuchsdienst, die Familienhebamme und die
2042 beiden Eltern-Kind-Zentren dauerhaft zu finanzieren und diese Finanzierung
2043 mittelfristig zu erhöhen, um ihre erfolgreiche Arbeit nachhaltig
2044 sicherzustellen. Darüber hinaus halten wir es für ein wichtiges Element einer
2045 ganzheitlichen Strategie, auch die soziale Stigmatisierung zu bekämpfen, der
2046 sich von Armut betroffene Familien und Kinder im Alltag regelmäßig ausgesetzt
2047 sehen.

2048 Wir Bündnisgrünen haben uns bei der Überarbeitung der Kitabeiträge dafür
2049 eingesetzt, Familien stärker zu entlasten und Beiträge gerechter sozial zu
2050 staffeln. Als einzige Fraktion haben wir uns dagegen ausgesprochen, einen
2051 Beitrag für finanzschwache Familien einzuführen. Angesichts der geplanten
2052 Einführung von Beitragsfreiheit durch das Land werden wir auch weiter dafür
2053 kämpfen. Als Kommune müssen wir uns weiterhin auf Landesebene dafür stark
2054 machen, dass notwendige Betreuungszeiten vom Land ausfinanziert werden,
2055 Betreuungsschlüssel tatsächlich gewährleistet werden können, Kita-Leiter*innen
2056 Zeit für Leitungsaufgaben haben und das Land dafür sorgt, nicht nur die
2057 Quantität sondern auch die Qualität der Betreuung zu verbessern.

2058 Kinder in bedürftigen Familien haben Anspruch auf Erstattung des Eigenanteils
2059 für den Erwerb von Schulbüchern und auf Ermäßigung bei der
2060 Schüler*innenbeförderung. Wir wollen in den Schulen und Kitas verstärkt

2061 Aufklärungsarbeit leisten, um den Familien dabei zu helfen, ihr Recht in
2062 Anspruch zu nehmen. Außerdem wollen wir Möglichkeiten schaffen, den Zugang zu
2063 Leistungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes für bedürftige Kinder und
2064 Jugendliche zu erleichtern, wie etwa ein vereinheitlichtes Bezahlsystem.

2065 Bei der Bewältigung der Auswirkungen von Kinderarmut spielt die
2066 Jugendsozialarbeit an Schulen, in Jugendclubs und im öffentlichen Raum eine
2067 wichtige Rolle, um die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
2068 zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass es Schulsozialarbeit
2069 an allen Schulen in Frankfurt geben sollte. Wir setzen uns daher für eine
2070 mittelfristige Verstetigung der Stellen von Schulsozialarbeiter*innen und einen
2071 Ausbau im Rahmen der inklusiven Grundschulen ein. Um auch im Freizeitbereich
2072 gute Unterstützungsangebote für Jugendliche zu machen, wollen wir die
2073 Kapazitäten der offenen Jugendarbeit und Straßensozialarbeit ausbauen sowie die
2074 Vernetzung der Träger und Einrichtungen stärken, gerade auch im Hinblick auf
2075 aktuelle Bedarfe in der Präventionsarbeit.

2076 Auch das Mehrgenerationenhaus muss von Seiten der Stadt weiter in seiner Arbeit
2077 unterstützt werden. Es ist ein unverzichtbarer Anlaufpunkt geworden,
2078 insbesondere für Menschen aus der Innenstadt. Das Quartiersmanagement hat sich,
2079 wie die Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe insgesamt, bewährt.

2080 Es ist sehr erfreulich, dass Frankfurt (Oder) 2018 erstmals seit 1990 wieder
2081 einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte. Aktuelle Prognosen deuten
2082 an, dass sich dieser positive Trend auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.
2083 Deshalb unterstützen wir den kürzlich beschlossenen Abriss-Stopp und setzen uns
2084 dafür ein, dass es weiterhin genügend bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum im
2085 Zentrum und in den Stadtteilen gibt. Dafür ist die regelmäßige Fortschreibung
2086 des qualifizierten Mietspiegels für uns unverzichtbar. Auch passende und
2087 günstige Wohnungen für Studierende und junge Familien sind wichtig, wenn wir
2088 diese in Frankfurt halten wollen. Wir haben in Teilen einen Wohnungsüberhang in
2089 Frankfurt und Wohnungsknappheit in Słubice. Hier liegt es auf der Hand, dass
2090 eine stärkere Kooperation unserer Zwillingstädte in diesem Bereich Vorteile für
2091 alle bringt. Dazu gibt es bereits erfolgreiche Ansätze durch die
2092 Wohnungsunternehmen, die wir unterstützen und ausbauen wollen.

2093 Auch wenn es in den letzten Jahren auch positive Entwicklungen gab, ist die Zahl
2094 der Arbeitssuchenden in Frankfurt (Oder) weiterhin zu hoch. Durch eine
2095 nachhaltige Wirtschaftspolitik mit grenzüberschreitender Ausrichtung wollen wir
2096 hier eine langfristige Verbesserung erreichen. Außerdem müssen auch
2097 selbstorganisierte, erfolgreiche Strukturen wie die Arbeitsloseninitiative
2098 weiterhin gefördert werden. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für einen
2099 gesetzlichen Mindestlohn. Das bedeutet für uns vor Ort die konsequente
2100 Einhaltung des Vergabegesetzes und generell existenzsichernde Löhne sowie gute
2101 Arbeitsbedingungen und starke Personalvertretungen. Nicht nur in der Vergabe
2102 eigener Aufträge, sondern auch im Wettbewerb um Wirtschaftsansiedlungen darf die
2103 Werbung für Frankfurt (Oder) als Niedriglohn-Standort kein Mittel der
2104 Wirtschaftsförderung sein. Menschen mit Behinderung sollen leichter als bisher
2105 eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden.

2106 Ein besonders wichtiger Bestandteil guter Arbeitsbedingungen ist für uns die
2107 Familienfreundlichkeit. Auch wenn wir in Frankfurt vergleichsweise gut dastehen,
2108 was den Ausbau von Betreuungskapazitäten angeht, müssen wir die Vereinbarkeit

2109 von Beruf und Familie noch weiter verbessern. Alleinerziehende haben oft
2110 Schwierigkeiten, einen Beruf anzunehmen, weil sie die Betreuung mit
2111 Schichtarbeitszeiten, z.B. in den Callcentern, schwer vereinbaren können. Hier
2112 wollen wir Abhilfe schaffen und Initiativen wie das Bündnis für Familie
2113 unterstützen, das sich erfolgreich für familienfreundlichere Arbeitsbedingungen
2114 in Frankfurter Unternehmen einsetzt.

2115 Auch der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung unserer Stadt steigt. Wir
2116 wollen, dass sie auch im Alter weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen
2117 können. Deshalb muss die Stadtverwaltung eng mit den städtischen
2118 Wohnungsunternehmen zusammenarbeiten, um Angebote unterschiedlicher
2119 altersgerechter Wohnformen sicherzustellen. Wir setzen uns außerdem dafür ein,
2120 eine Pflegeeinrichtung in städtischer Hand zu erhalten und gezielte Projekte zur
2121 Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege zu initiieren, damit ausreichend
2122 Pflegeplätze mit guten Bedingungen in Frankfurt zur Verfügung stehen.

2123 Gerade für ältere Menschen, aber auch für das soziale Leben der Stadt insgesamt,
2124 ist eine gute Nahversorgung mit Supermärkten, Ärzt*innen und öffentlichen
2125 Verkehrsmitteln wichtig. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine
2126 nachhaltige Sicherung von Einkaufsmöglichkeiten in allen Stadtteilen ein sowie
2127 einen Nahverkehr, der in seiner Taktung, Linienführung und
2128 Haltestellenausstattung keinen Stadtteil abhängt. Die letzten Jahre haben
2129 gezeigt, dass in Frankfurt (Oder) Fachärzt*innen in verschiedenen Bereichen
2130 fehlen. Um hier wieder eine ausreichende Versorgung zu erreichen, wollen wir
2131 gezielte Gespräche mit Verbänden und Krankenkassen führen, um die Ansiedlung von
2132 Fachärzten zu fördern.

2133 Auch die Versorgung unserer Stadt mit Hebammen ist ein zentrales Anliegen für
2134 uns. Deren Anzahl ist in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. Wir
2135 wollen darauf hinarbeiten, dass die Stadtverwaltung attraktive Bedingungen und
2136 Anreize für Hebammen schafft, um sie in der Stadt zu halten.

2137 Die Möglichkeiten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am öffentlichen
2138 Leben und die Rahmenbedingungen zur Bewältigung des täglichen Lebens müssen
2139 erheblich verbessert werden. Dafür brauchen wir Orientierungssysteme, die auch
2140 für Menschen lesbar sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder
2141 nicht lesen können, mehr akustische Ampelanlagen sowie eine barrierefreie
2142 Gestaltung von Webseiten und Informationsangeboten der Stadt. Die bauliche
2143 Barrierefreiheit wollen wir ausbauen, insbesondere durch Bordsteinabsenkungen,
2144 Rampen, Handläufe und Aufzüge. Unsere Stadt muss genügend barrierefreien
2145 Wohnraum bieten, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Um barrierefreie
2146 Arztpraxen zu bündeln, unterstützen wir die Idee eines Praxisspiegels und wollen
2147 mehr Einzelhändler*innen dafür gewinnen, barrierefreie Zugänge zu gewährleisten.

2148 Der Standort der Notunterkunft für Wohnungslose sowie der
2149 Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Seefichten gehört für uns auf den
2150 Prüfstand. Diese Menschen sollen nicht isoliert weit außerhalb des Stadtzentrums
2151 leben. Die Unterkunft ist schwer erreichbar, da Wohnungslose kaum Geld für den
2152 Bus aufbringen können. Dies kann besonders im Winter kritisch werden, wenn sie
2153 die schützende Unterkunft nicht mehr zu Fuß erreichen können. Hier muss eine
2154 andere Lösung gefunden werden.

Beschluss Die Stadt gemeinsam nachhaltig entwickeln (Stadtentwicklung)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2246 Zusammen wachsen – die Stadt gemeinsam nachhaltig entwickeln

2247 Eine ausgewogene Stadtstruktur, die den sozialen, ökonomischen, kulturellen und
2248 ökologischen Zusammenhalt der Stadt sichert, ist Ziel unserer Politik. Wir
2249 fühlen uns einer nachhaltigen Stadtentwicklung verpflichtet, die an klaren
2250 Leitlinien orientiert und dem Gemeinwohl verpflichtet ist.
2251 Wir unterstützen die anstehende Fortschreibung des Integrierten
2252 Stadtentwicklungskonzeptes, werden den Prozess umfassend begleiten und setzen
2253 uns dabei insbesondere für eine intensive Bürger*innenbeteiligung ein, denn
2254 gutes Planen und Bauen ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch den
2255 Flächennutzungsplan und den Grünordnungsplan wollen wir aktualisieren.

2256 Nach Jahren des großflächigen Abrisses gehen Stadtumbau und Stadtentwicklung in
2257 eine neue Phase. Der Bevölkerungsrückgang ist insbesondere durch Zuzug gestoppt.
2258 Neufrankfurter*innen ziehen aus dem Umland (zurück) nach Frankfurt, kommen aus
2259 Polen oder finden nach der Flucht eine neue Heimat an der Oder. Wir unterstützen
2260 die Anstrengungen, die Stadt zu einem attraktiven Wohn- und Lebensort in der
2261 Metropolregion Berlin-Brandenburg auch für weitere Zuzügler*innen zu entwickeln.
2262 Diese Entwicklung wollen wir mit Augenmaß begleiten. Wir wollen für die
2263 verschiedenen Alters- und Einkommensgruppen vielfältige und bezahlbare
2264 Wohnangebote erhalten und schaffen. Diese Entwicklung soll möglichst ohne die
2265 Versiegelung natürlicher oder naturnaher Flächen geschehen. Im Mittelpunkt muss
2266 die Wiedernutzung von Brach- und Abrissflächen stehen. Wir begrüßen es, dass die
2267 Wohnungswirtschaft und der Oberbürgermeister sich auf einen Abriss-Stopp
2268 verständigt haben und lediglich die bereits beschlossenen Abrisse in den
2269 nächsten Jahren noch umgesetzt werden. Auch der etagenweise Rückbau, der jetzt
2270 zum Einsatz kommt, ist ein richtiger Schritt, den wir lange gefordert haben.

2271 Das Stadtzentrum, die ehemalige Altstadt, ist nicht nur Visitenkarte unserer
2272 Stadt und erstes Ziel von Besucher*innen, sondern auch immer mehr Mittelpunkt
2273 des städtischen Lebens. Dessen weitere Entwicklung ist für die gesamte Stadt von
2274 großer Bedeutung. Der Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum und
2275 dessen Stärkung als Erlebnisraum gilt dabei unser besonderes Augenmerk. In den
2276 nächsten Jahren sind an der Słubicer Straße, an der Bischofstraße/Marktostseite
2277 und der Großen Oderstraße wichtige Bauprojekte geplant. Hinzu kommt die
2278 Sanierung des Rathauses. Diese Entwicklung sollte dann auch mit der Umgestaltung
2279 der Magistrale fortgeführt werden. Wir unterstützen nachdrücklich die Idee, das
2280 Lichtspieltheater der Jugend zu einem städtebaulichen Leuchtturm zu machen. Die
2281 Nutzung des Gebäudes unter Beachtung des Denkmalschutzes als Standort des
2282 Brandenburgischen Landesmuseums für Moderne Kunst ist eine große Chance.

2283 Wir setzen uns dafür ein, das Stadtzentrum auch für Gründer*innen und
2284 Dienstleistungen attraktiver zu machen und so zu beleben. Die vorhandenen
2285 Brachflächen im Stadtzentrum insbesondere rund um die Universität sollen
2286 entsprechend prioritär entwickelt werden. Weitere für die Stadtentwicklung
2287 zentrale Gebiete von gesamtstädtischer Bedeutung sind für uns die Gerstenberger

2288 Höfe in der nördlichen Innenstadt als Verbindung zwischen Stadtzentrum und
2289 Lebuser Vorstadt sowie der Bereich zwischen Rathaus und Oder. Wir setzen uns für
2290 eine gemeinsame Innenstadtentwicklungskonzeption und Verkehrsplanung mit Słubice
2291 ein.

2292 Große Entwicklungspotenziale für die weitere Entwicklung der Stadt gibt es
2293 insbesondere im Bereich der nördlichen Innenstadt/Lebuser Vorstadt mit
2294 Möglichkeiten zur Einbeziehung der vorhandenen historischen Industriebauten und
2295 auf Grund der Lage auch für Wohnen und Erholung am Wasser. In den
2296 Stadtumbaugebieten wollen wir die entstandenen Brachflächen zwischen den
2297 bestehenden Blöcken für eine behutsame Weiterentwicklung mit Wohnnutzung in Ein-
2298 bis Mehrfamilienhausbebauung nutzen. Die Stadt muss die Wohnungsgenossenschaften
2299 und das kommunale Wohnungsunternehmen in ihren Konsolidierungsbemühungen
2300 unterstützen. Sie bleiben auch zukünftig wichtige Säulen des Wohnungsmarktes,
2301 vor allem für einkommensschwächere Mieter*innen. Die Sanierung und
2302 Modernisierung der weiter bestehenden Wohnungsbestände im Plattenbau muss
2303 fortgesetzt und mit Fördermitteln unterstützt werden, um auch in zentralen Lagen
2304 ausreichend guten und günstigen Wohnraum vorzuhalten.

2305 Gemeinsam mit den Bewohner*innen in den am meisten vom Abriss betroffenen
2306 Gebieten (Neuberesinchen, Nord und Süd) muss verstärkt an einer lohnenswerten
2307 Perspektive für den Stadtteil gearbeitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
2308 Stadtteilkonferenzen und andere stadtteilbezogene Bewohner*innen-Initiativen in
2309 die Stadtentwicklung einbezogen werden.

2310

2311 Die zahlreichen Parkanlagen Frankfurts sind grüne Lungen unserer Stadt und
2312 Lebensraum für viele Tierarten. Wir setzen uns für den Erhalt ihrer ökologischen
2313 und Erholungsfunktionen ein. Dies gilt besonders für den Lennépark, für den sich
2314 seit Jahrhunderten Bürger*innen besonders engagieren und dessen denkmalgerechte
2315 Wiederherstellung nun weiter voranschreitet. Mittelfristig wollen wir den
2316 Topfmarkt als direkte Fortsetzung des Lennéparcs entwickeln und über die Straße
2317 Am Graben und den Weg zur Konzerthalle durchgehende fußläufige Verbindungen
2318 südlich und nördlich des Areals am Gasometer bis zur Oderpromenade gestalten.

2319

2320 Die Brunnen der Stadt stehen für Lebensqualität. Gleichzeitig kann die Stadt sie
2321 nicht alleine finanzieren. Über Sponsoring und Spenden können viele Brunnen
2322 betrieben werden, dies wollen wir fortführen.

2323 Freizeit-, Spiel- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in
2324 Wohnortnähe sind genauso wichtig wie die wohnortnahe Versorgung für ältere
2325 Bürger*innen in den Stadtteilen. Ein Angebot an barrierefreien, preisgünstigen
2326 Wohnungen muss in allen Stadtteilen vorhanden sein. Prozesse der Entmischung von
2327 Quartieren wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten, die der Stadt zur Verfügung
2328 stehen, aufhalten und hierfür die vorhandenen Mittel aus den Programmen von EU,
2329 Bund und Land zielgerichtet einsetzen.

2330 Wir setzen bei bedeutsamen Planungen auf städtebauliche Wettbewerbe, bei denen
2331 nach besten planerischen Lösungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit
2332 gesucht wird. Dafür ist auch der Beirat für Stadtgestaltung und Kunst im
2333 öffentlichen Raum ein guter Partner. Wir setzen uns konsequent für die Erhaltung
2334 der vorhandenen Baudenkmale ein.

2335 Die wenigen denkmalgeschützte Gebäude in der Stadt wollen wir erhalten. Gute
2336 Kompromisse zwischen Denkmalschutz und den Anforderungen an moderne,
2337 energieeffiziente, funktionale und barrierefreie Gebäude sind uns dabei wichtig.
2338 Bei stadtbildprägenden Gebäuden, die noch unsaniert oder gar verwahrlost sind,
2339 aber privaten Eigentümer*innen gehören, braucht es mehr Anstrengungen, um mit
2340 diesen ins Gespräch zu kommen. Die Beispiele des alten Kinos und des
2341 Kießlinghauses zeigen, dass sich langer Atem hier auszahlt.

2342 In Zeiten wachsender Nachfrage und steigender Preise für Bauland setzen wir uns
2343 dafür ein, dass die Stadt ein aktives Flächenmanagement betreibt, um langfristig
2344 handlungsfähig zu bleiben. Statt Flächen zu verkaufen, wollen wir verstärkt das
2345 Instrument der Erbpacht zu nutzen. Wir sprechen uns dafür aus, Wohngebiete nur
2346 innerhalb des bisherigen Stadtgebiets neu zu schaffen, um die Stadt so zu
2347 verdichten und zu beleben und die bestehenden Netze wieder besser auszulasten.
2348 Mit zukunftsfähigen Konzepten für Industrie- und Gewerbeflächen wollen wir die
2349 Flächeninanspruchnahme so gering wie nötig halten.

2350 Die dörfliche Struktur der Ortsteile wollen wir bewahren und sie behutsam weiter
2351 entwickeln.

Beschluss Nachhaltigen Tourismus in der Doppelstadt stärken (Tourismus)

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2395 Nachhaltigen Tourismus in der Doppelstadt stärken

2396 Für die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Frankfurt (Oder)
2397 gewinnt der Tourismus immer größere Bedeutung. Damit unsere Doppelstadt noch
2398 attraktiver wird, haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den vergangenen Jahren
2399 intensiv in die Erstellung des Tourismuskonzepts eingebracht und eine Stärkung
2400 des nachhaltigen Tourismus erreicht. Unsere Zuggpferde sind der Fahrrad-, Städte-
2401 , Natur- und Kulturtourismus. Ziel ist es das Tourismuskonzept weiterzuverfolgen
2402 und umzusetzen. Dabei sollten auch die Gesamtregion berücksichtigt und
2403 Frankfurts Stärken in den Mittelpunkt gestellt werden.

2404 Als Europäische Doppelstadt haben wir ein Alleinstellungsmerkmal, welches es
2405 auszubauen gilt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen alle Initiativen und
2406 Maßnahmen, die den Stadtraum auf beiden Seiten der Oder für Besucher*innen zu
2407 einem umweltfreundlichen Ziel in naturbelassener Landschaft aufwerten.
2408 Grenzüberschreitende Tourismuskonzepte und tourismusrelevante Veranstaltungen
2409 müssen weiterhin erarbeitet und gefördert werden.

2410 Wir setzen uns dafür ein, dass in den nächsten Jahren insbesondere für den
2411 Radtourismus die Bedingungen deutlich verbessert werden und das Angebot mit den
2412 wachsenden Anforderungen mithalten kann. Dazu gehört der Ausbau von
2413 Radverkehrsverbindungen und Serviceangeboten (Abstellmöglichkeiten,
2414 Fahrradboxen, „Bike & Ride“) in der Stadt sowie die Schaffung von
2415 Stromtankstellen für E-Bikes und Elektroautos. Darüber hinaus brauchen wir
2416 endlich so grundlegende Infrastruktur wie ein mehrsprachiges Tourismus-
2417 Leitsystem, öffentliche Schließfächer und Toiletten. Auch die Schaffung von
2418 Hotel-Kapazitäten im Zentrum muss ein wichtiges Ziel für die nächsten Jahre
2419 sein. Hierfür soll eine der innerstädtischen Brachflächen genutzt werden und so
2420 zur Belegung der Innenstadt beitragen.

2421 Eine gute Entwicklungsmöglichkeit sehen wir auch in der Stärkung Frankfurts als
2422 Zentrum des Naturtourismus in der gesamten Region und als Ausgangspunkt für
2423 Exkursionen und Bildungsreisen. Die Schaffung von Fährverbindungen über die Oder
2424 nördlich und südlich der Stadt sollte die Stadtverwaltung in Kooperation mit den
2425 Nachbarorten unterstützen. Auch im Wassertourismus hat Frankfurt Potentiale, die
2426 aber weit unter denen des Kultur- oder Radtourismus liegen. Der weitere Ausbau
2427 der hierfür notwendigen Infrastruktur muss deshalb vor allem privat finanziert
2428 und betrieben werden. Der Erhalt und die Schaffung eines attraktiven Naturraums
2429 ist jedoch eine wichtige Aufgabe der Stadt. Wir setzen uns für ein Tempolimit
2430 auf der Oder ein, damit sehr schnelle Boote und Jet-Skis nicht andere Formen des
2431 Wassertourismus verdrängen, unnötigen Lärm für Anwohner*innen und Gäste
2432 verursachen und die Lebensräume von Pflanzen und Tieren negativ beeinflussen.

2433 Die Aktivitäten im Messe-, Kongress- und Geschäftstourismus sollen weiter
2434 gestärkt und fortgeführt werden. Um dieses Segment weiter zu stärken ist es von
2435 Bedeutung, die vorhandenen Angebote in der Stadt zu überprüfen und auch neue

2436 Angebote zu schaffen. Auch hier können grenzüberschreitende Aktivitäten ein
2437 weiteres Wachstumspotential bieten.

Beschluss Umwelt, Klima, Natur- und Tierschutz – nicht reden, handeln!

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2592 Umwelt, Klima, Natur- und Tierschutz – nicht reden, handeln!

2593 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und die Umwelt zu schützen ist
2594 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Kernanliegen. Der Klimawandel bedroht weltweit die
2595 Lebensgrundlagen. Immer konkretere Auswirkungen wie Stürme und Hochwasser, Hitze
2596 und Dürre werden auch bei uns spürbar. Deshalb gilt für uns der Leitsatz:
2597 „Global denken – lokal handeln.“

2598 Damit auch Frankfurt (Oder) einen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leistet,
2599 haben wir uns dafür eingesetzt, dass unser städtisches
2600 Energieversorgungsunternehmen zukünftig die klimaschädliche Braunkohle nicht
2601 mehr zur Strom- und Wärmeproduktion verwendet. Auch wenn unser erster Antrag
2602 dazu in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit fand, haben die
2603 Stadtwerke den Umstieg auf eine klimafreundlichere Energieerzeugung ab 2023
2604 beschlossen. Damit wird Frankfurt (Oder) zukünftig seinen CO₂-Ausstoß deutlich
2605 senken. Statt auf Kohle setzen wir auf erneuerbare Energien, für die wir schnell
2606 ausreichend Speichermöglichkeiten brauchen. Hier sind Bundes- und Landespolitik
2607 in der Pflicht.

2608 Wir setzen uns dafür ein, die Potenziale der Stadt zu nutzen, damit Frankfurt
2609 nach dem Ende der Solarindustrie wieder ein Standort für zukunftsfähige
2610 Unternehmen der Energiebranche wird. Dabei sollen auch weitere Energieträger wie
2611 etwa Wasserstoff geprüft und diskutiert werden.

2612 Bei der Nutzung der Windkraft im Stadtgebiet setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2613 für verträgliche Lösungen im Spannungsfeld von Natur-, Landschafts- und
2614 Klimaschutz ein. Hierfür ist eine frühzeitige Beteiligung der Anwohner*innen auf
2615 Augenhöhe notwendig. Zu leistende Ausgleichsmaßnahmen sollten vor Ort umgesetzt
2616 werden. Wir unterstützen die Nutzung der Solarenergie, vorrangig so, dass keine
2617 Flächen zusätzlich verbaut werden. Wir wollen gemeinsam mit den Bürger*innen
2618 innovative kommunale Konzepte entwickeln, um besonders Mieter*innen den Bezug
2619 von preiswerter, selbsterzeugter Energie aus erneuerbaren Quellen zu
2620 ermöglichen.

2621 Zum Klimaschutz gehört auch der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen. Auf
2622 energetische Belange muss bei jedem öffentlichen Neubau und jeder Sanierung
2623 geachtet werden. Langfristig sparen wir alle damit Kosten, etwa bei den
2624 Betriebskosten von Schulen und Verwaltungsgebäuden. Auf unsere Initiative wurde
2625 2012 ein städtisches Klimaschutzkonzept erstellt und beschlossen. Wir fordern,
2626 das Konzept in der laufenden Legislaturperiode zu evaluieren und ambitioniert
2627 fortzuschreiben. Klimaschutz und Klimaanpassung müssen zu einem
2628 Querschnittsthema in allen Plänen, Konzepten und Handlungsfeldern werden. Wir
2629 wollen, dass Frankfurt (Oder) bis 2050 die CO₂-Emissionen auf 0 reduziert. Wir
2630 setzen uns dafür ein, dass Hauseigentümer*innen über umweltfreundliche
2631 Möglichkeiten der Energieerzeugung sowie die Vermeidung von Feinstaub durch
2632 Kleinfeueranlagen besser informiert werden.

2633 Auch die Reduzierung des Müllaufkommens ist uns ein Anliegen, darunter auch die
2634 vielen unnötigen Plastikverpackungen, die sich zunehmend in Gewässern und in der
2635 Landschaft wiederfinden. Das gilt bei Großveranstaltungen genauso wie bei
2636 Verbrauchsmaterial in öffentlichen Einrichtungen. Die Stadt und ihre Unternehmen
2637 müssen mit gutem Beispiel vorangehen und ressourcenschonende Alternativen
2638 wählen, sei es beim Büromaterial oder im Fuhrpark. Wir wollen Plastiktüten und
2639 Einweggeschirr aus Plastik deutlich reduzieren und möglichst abschaffen.
2640 Verpflegung soll saisonal, regional oder fair gehandelt und wo immer möglich bio
2641 sein. Das spart Energie, vermeidet CO₂ und unterstützt faires Wirtschaften –
2642 teils direkt bei uns vor Ort. Die Stadt und ihre Unternehmen müssen mit gutem
2643 Beispiel vorangehen. Daher soll die Stadtverwaltung die Einführung eines
2644 Umweltmanagement-Systems prüfen.

2645 Frankfurt (Oder) belegt noch immer einen der traurigen Spitzenplätze im Land
2646 Brandenburg in punkto Luftverschmutzung. Sie bedeutet für die Anwohner*innen
2647 erhebliche Gesundheitsbelastungen. In den letzten Jahren haben wir daher mehrere
2648 Anträge eingebracht, um wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen und die Einhaltung
2649 der Grenzwerte sicherzustellen. Kurzfristig entlastet eine Verkehrsumleitung die
2650 Anwohner*innen bei Überschreitungen. Langfristig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2651 die Verschmutzung durch weniger belastenden Verkehr im Stadtzentrum,
2652 Verkehrsvermeidung und -verlagerung, Begrünung, einen attraktiveren ÖPNV und
2653 Radverkehr sowie durch bessere Heizsysteme reduzieren.

2654 Bäume sind wichtig für das Stadtklima und die Luftreinhaltung, denn sie
2655 reduzieren Feinstaub und Lärm. Außerdem fördern Sie die lokale Biodiversität.
2656 Wir setzen uns für ausreichende Ersatzpflanzungen ein, um den Bestand zu
2657 sichern. Eine fachgerechte Baumpflege kann Fällungen zukünftig auf ein Minimum
2658 reduzieren. Durch unseren Antrag müssen Baumfällungen nun transparent begründet
2659 werden. Wertvolle alte Bäume bedürfen besonderer Pflege. Jede Pflanze zählt beim
2660 Klimaschutz: Wand- und Dachbegrünungen sollen wichtiger Bestandteil von
2661 Gestaltungskonzepten und Bauvorhaben werden.

2662 Um dem Insektensterben entgegenzuwirken, haben wir die Initiative gestartet, die
2663 städtischen Grünflächen naturverträglich zu mähen, damit ein Blühen und Aussamen
2664 wichtiger Wildkräuter ermöglicht wird und somit Nahrung für Insekten bietet.
2665 Hier wollen wir Pilotprojekte, auch auf Brachflächen, unterstützen. Neben der
2666 Förderung von Wildinsekten unterstützen wir Initiativen zur Förderung der
2667 Imkerei im Stadtgebiet und in der Region, um das Potenzial der Honigbiene als
2668 Hauptbestäuber von Kulturpflanzen zu erhalten und wieder auszubauen.

2669 Wir wollen prüfen, wie die flächige Gestaltung von Hausgärten mit Schotter u.a.
2670 Baustoffen in zukünftigen Bebauungsplänen ausgeschlossen werden kann. Parallel
2671 dazu wollen wir über Alternativen informieren, um Hausgärten in pflegeleichte,
2672 aber sinnvolle ökologische Oasen umzugestalten.

2673 Wir wollen erreichen, dass künftig bei der Pflege städtischer Grünflächen
2674 möglichst auf Geräte, die mit einem Verbrennungsmotor betrieben werden,
2675 verzichtet wird (wie z.B. Trimmer, Laubsauger und -bläser).
2676 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frankfurt (Oder) insbesondere kein
2677 Glyphosat mehr einsetzt und sich der Initiative „Pestizidfreie Kommunen“
2678 anschließt. Für Ambrosiavorkommen auf dem Stadtgebiet brauchen wir eine
2679 Meldekette und bessere Informationen von Bürger*innen. Außerdem soll auf unseren
2680 Antrag hin der Naturschutzbeirat endlich wieder eingesetzt werden.

2681 In der Landwirtschaft setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf allen Ebenen für
2682 eine Agrarwende ein, um die Artenvielfalt zu schützen und gesünder zu leben. Die
2683 lokale Landwirtschaft wollen wir erhalten und den Umstieg auf ökologischen Anbau
2684 oder Initiativen für solidarische Landwirtschaft unterstützen.

2685 Die Oder ist die Namensgeberin und die Seele unserer Stadt. Sie muss als
2686 Lebensraum besonders wertvoller Arten und Lebensgemeinschaften weiter konsequent
2687 geschützt werden. Deshalb wollen wir, dass sich die Stadt dort, wo sie kann,
2688 gegen Ausbaumaßnahmen, wie etwa eine Vertiefung der Fahrrinne oder Staustufen,
2689 einsetzt und eine naturnahe Entwicklung unterstützt. Um die Folgen der
2690 Erderwärmung, z.B. Hochwasser zu vermindern, drängen wir neben dem Ausbau und
2691 der Pflege der Deichanlagen weiter auf die Entsiegelung von Flächen und mehr
2692 Regenwasserrückhalt. Hochwasserentlastungsflächen dürfen bei zukünftigen
2693 Baumaßnahmen nicht reduziert werden.

2694 Die kritische Situation des Klietower Sees haben wir zum Anlass genommen, einen
2695 Maßnahmenplan zur Stabilisierung dieses Ökosystems einzufordern, der nun
2696 umgesetzt wird. Damit soll die Gefahr verringert werden, dass der See kippt und
2697 es erneut zu einem Fischsterben kommt.

2698 Der Erhalt der Frankfurter Natur- und Landschaftsschutzgebiete zur Bewahrung der
2699 biologischen Vielfalt und die Verbesserung ihrer ökologischen Funktion liegen
2700 uns besonders am Herzen. Sie sind Lebensräume für zahlreiche auf europäischer
2701 Ebene geschützte Tiere und Pflanzen, haben einen hohen Erholungswert für die
2702 Frankfurter*innen und große Bedeutung für den nachhaltigen Tourismus. Wir
2703 brauchen eine bessere Pflege von Biotopen und wollen Beschilderungen und
2704 Leitsysteme anlegen. Ein kommunaler Biotopverbund muss Ziel der Stadtentwicklung
2705 sein. Potenzial besteht auch noch bei der Einwerbung und dem Einsatz von
2706 europäischen Fördermitteln.

2707 Den Ziegenwerder wollen wir in seiner natürlichen Vielfalt erhalten – als
2708 einzigartiges Naherholungsgebiet mitten im Zentrum und an der Oder. Gleichzeitig
2709 soll der Ziegenwerder belebt werden durch Kultur-, Sport- und
2710 Gastronomieangebote.

2711 Kleingärten leisten einen erheblichen Beitrag zum Stadtklima und müssen erhalten
2712 bleiben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Erarbeitung eines Kleingartenkonzepts
2713 für die Stadt, mit dem Ziel den Generationenwechsel zu erleichtern, Vereine bei
2714 brachliegenden Gärten zu unterstützen und stärker für naturnahes und
2715 insektenfreundliches Gärtnern ohne Schadstoffe zu sensibilisieren. Grünschnitt
2716 soll weiterhin kostenfrei angenommen werden, sofern er nicht kompostiert werden
2717 kann. Wir wollen dezentrale Möglichkeiten für die Abgabe von Grünschnitt prüfen.
2718 Wir wollen vermehrt darüber informieren, dass das Verbrennen von Grünschnitt
2719 umweltschädlich und nicht erlaubt ist.

2720 Das Frankfurter Trinkwasser weist hohe Sulfatwerte auf, eine Überschreitung der
2721 gesetzlichen Grenzwerte droht. Ein solcher Fall könnte besonders für alte
2722 Menschen, Kranke und Kleinkinder problematisch werden. Wir gewinnen unser
2723 Trinkwasser überwiegend aus der Spree im Briesener Wasserwerk. In die Spree
2724 gelangt jedoch das Sulfat aus den Lausitzer Tagebauen. Auf lokaler, aber auch
2725 Landes- und Bundesebene haben wir uns für eine Lösung eingesetzt, damit unser
2726 Trinkwasser dauerhaft in höchster Qualität verfügbar bleibt. Dazu soll das
2727 Müllroser Wasserwerk reaktiviert werden, welches Grundwasser verwendet. Wir
2728 kämpfen weiter für eine Kostenübernahme durch die Verursacher der

2729 Sulfatbelastung - die Bergbaubetreiber - damit nicht die Frankfurter
2730 Wasserkunden die Kosten für den Trinkwasserschutz tragen müssen.

2731 Genauso wie die Verockerung der Spree („braune Spree“) sind auch die hohen
2732 Sulfatwerte eine direkte Folge alter und neuer Tagebaue in der Lausitz. Neue
2733 Tagebaue halten wir für unverantwortlich gegenüber dem Klimaschutz und den
2734 Bürger*innen. Wir setzen uns für einen möglichst schnellen Umstieg auf
2735 erneuerbare Energien ein. Die grüne Landtagsfraktion hat eine Machbarkeitsstudie
2736 zu einem zügigen Kohleausstieg vorgelegt und fordert einen Lausitzfonds, der den
2737 Strukturwandel in der Region unterstützt.

2738 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin für mehr Tierschutz einsetzen.
2739 In der vergangenen Wahlperiode haben wir erfolgreich die Einführung des so
2740 genannten „Paderborner Modells“ auf den Weg gebracht: Die meisten Katzen werden
2741 zwar im Haus gehalten, sobald aber Tiere Freigang haben, tragen nun die
2742 Halter*innen die Verantwortung, dass ihre Katzen sich nicht unkontrolliert
2743 vermehren. Dazu müssen sie kastriert und gekennzeichnet werden. So verhindern
2744 wir Tierleid bei streunenden Katzen. Die Jungen bleiben sonst auf der Straße
2745 zurück, erkranken, hungern oder verenden sogar. Hierzu soll die Stadt weiterhin
2746 die Katzenstation des Tierschutzvereins unterstützen; dies entlastet auch die
2747 Verwaltung und verhindert viele Probleme schon im Vorfeld. Wir halten es für
2748 angebracht, dass die Stadt – ebenso wie das Land – sich an den Kastrationskosten
2749 herrenloser Katzen beteiligt.

2750 Wir begrüßen es, dass das Tierheim in Eisenhüttenstadt nun schon seit einiger
2751 Zeit die Fundtierunterbringung für Frankfurt (Oder) übernimmt. Dabei muss weiter
2752 gewährleistet bleiben, dass Ansprechpersonen vor Ort vorhanden sind und weniger
2753 mobile Bürger*innen ihre Tiere gebracht bekommen.

2754 Die Hundenausläufflächen in der Stadt dürfen nicht reduziert, sondern müssen zu
2755 attraktiven Plätzen ausgebaut werden, auf denen sich Menschen und Hunde begegnen
2756 und wohl fühlen können. Fallen Auslaufplätze durch Baumaßnahmen weg, muss
2757 umgehend Ersatz in der Nähe geschaffen werden. Für die Hundehalter*innen sollte
2758 es zur Selbstverständlichkeit werden, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere zu
2759 beseitigen. Die Stadt muss dafür ausreichend Abfallbehälter aufstellen,
2760 insbesondere in Neuberesinchen. Kotbeutelspender sollen möglichst mit
2761 kompostierbaren Beuteln bestückt werden.

2762 Für Wildtiere auf dem Stadtgebiet brauchen wir eine konsequente Fortführung des
2763 Wildtiermanagements, um Schaden bei Menschen und Tieren zu vermeiden. Dies kann
2764 Wisente, Wölfe, Wildschweine, aber auch weitere Tiere betreffen. Die Stadt muss
2765 verstärkt mit qualifizierten Fachleuten zusammen arbeiten und die erforderlichen
2766 Maßnahmen koordinieren. Wir fordern zudem einen Einsatz von geschulten
2767 Biberberater*innen, denn Frankfurt ist einer der wenigen Orte, in dem diese
2768 landesweit etablierte Funktion noch nicht existiert. Durch die Berater*innen
2769 werden Konflikte zwischen Mensch und Biber, aber auch zwischen Tier- und
2770 Baumschutz auf den Einzelfall abgestimmt gelöst. Wildtiere in Zirkussen sehen
2771 wir äußerst kritisch und setzen uns weiter dafür ein, eine rechtssichere
2772 Möglichkeit zu finden, Wildtierhaltung auf dem Stadtgebiet nicht mehr
2773 zuzulassen.

2774 Bisher gibt es im Gegensatz zu vielen anderen Gegenden Brandenburgs
2775 glücklicherweise keine Massentierhaltung auf dem Frankfurter Stadtgebiet. Auch
2776 wenn die Handlungsmöglichkeiten der Kommune hierbei beschränkt sind, engagieren

2777 wir uns für eine Agrarwende, eine verantwortliche Tierhaltung und gegen
2778 Massentierhaltung. Denn für uns sind diese Tiere lebendige Mitgeschöpfe und
2779 nicht einfach nur ein Produkt.

Beschluss Wirtschaft und Arbeit fördern

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 20.03.2019

Text

2871 Wirtschaft und Arbeit fördern

2872 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Frankfurt (Oder) zu einem zukunftsfähigen
2873 Wirtschaftsstandort entwickeln. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und eine
2874 effiziente öffentliche Verwaltung sind unabdingbare Grundlage für erfolgreiche
2875 Neuansiedlungen und die Unterstützung der vorhandenen Unternehmen.

2876 Wir haben uns für eine Effizienzsteigerung im Bereich der Wirtschaftsförderung
2877 und bei den städtischen Unternehmen eingesetzt und werden dies weiter
2878 vorantreiben. Ein wichtiger Punkt ist uns dabei die engere Zusammenarbeit der
2879 Stadt und ihrer Unternehmen bei der Erledigungen von Verwaltungsaufgaben. Erste
2880 Ansätze wird es jetzt im IT-Bereich und bei der Schaffung eines gemeinsamen
2881 Fuhrparkmanagements geben. Außerdem ist es Aufgabe der städtischen
2882 Wirtschaftsförderstrukturen die regionalen Akteur*innen zusammenzubringen sowie
2883 Technologieberatung, Gründungsunterstützung und Lots*innentätigkeiten zu den
2884 verschiedenen Behörden anzubieten. Frankfurt (Oder) muss als Stadt weiterhin der
2885 Mittelpunkt einer deutsch-polnischen Entwicklungsachse bleiben und somit im
2886 Herzen Europas ein wichtiges Wirtschaftszentrum mit Verbindungen nach Berlin-
2887 Brandenburg sowie in den polnischen Raum werden.

2888 Als Basis muss die materielle Infrastruktur verbessert werden. Vor allem müssen
2889 die Verkehrsanbindungen, egal ob Straße, Schiene oder Wasser, so gut gestaltet
2890 werden, dass sie einem potenziellen Wirtschaftswachstum nicht im Weg stehen. Der
2891 ÖPNV muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren. Die Aus-
2892 und Weiterbildungsangebote der Stadt in allen Bereichen (z.B. Schulen,
2893 Universität, Weiterbildungseinrichtungen) müssen ständig hinsichtlich der
2894 Anforderungen des Wirtschaftsstandortes untersucht und angepasst werden. Zudem
2895 wollen wir sicherstellen, dass passende Gewerbe-, Büro- und Industrieflächen von
2896 der Stadt ausgewiesen sind, um die Anforderungen der Wirtschaftsentwicklung
2897 sowohl qualitativ als auch quantitativ zu erfüllen.

2898 Wirtschaft steht immer im Spannungsfeld zwischen Verantwortung, Ethik und
2899 Ökologie. Die Umwelt- und Klimaherausforderungen stellen vor allem die
2900 Landwirtschaftsbetriebe vor neue Herausforderungen. Insbesondere muss die
2901 städtische, regionale Wirtschaft verantwortlich dafür sorgen, dass Luft-, Boden-
2902 und Wasserqualität auf hohem Niveau erhalten bleiben, damit die Landwirtschafts-
2903 und Industriebetriebe auch künftig qualitativ hochwertige Produkte liefern
2904 können. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen langfristig Green-Management-
2905 Initiativen und Klimaschutzkonzepte in den Unternehmen etabliert und gefördert
2906 werden, sodass die Stadt und Wirtschaftsregion neue Maßstäbe setzen.

2907 Die Wirtschaftsförderpolitik der letzten Jahre, die vor allem auf industrielle
2908 Großinvestor*innen gesetzt hat, welche mit (europäischen) Fördermitteln und
2909 Billiglöhnen geworben werden sollten, ist gescheitert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2910 wollen eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und der
2911 Wirtschaftsförderungseinrichtungen, die insbesondere den vorhandenen Bestand
2912 wieder stärker in den Blick nimmt, unterstützt und fördert. Wir setzen auf den

2913 Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten und Marktbeziehungen als Basis für eine
2914 zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Dabei heißt regionale
2915 Wirtschaftsförderung für uns auch Landwirtschaftsförderung. Ein wichtiger
2916 Produktionszweig in der Landwirtschaft im Stadtgebiet ist der Obst- und
2917 Gemüseanbau. Wir setzen uns aktiv dafür ein, Maßnahmen zu ergreifen, damit diese
2918 Branche in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld gestützt wird und erhalten
2919 bleiben kann. Denn regionale Landwirtschaft ist nachhaltig und sichert Arbeit in
2920 der Region. Über Möglichkeiten der Direktvermarktung können landwirtschaftliche
2921 Betriebe unterstützt werden und neu entstehende Initiativen Starthilfe erfahren.

2922 Die bestehende Wirtschaftsstruktur wollen wir stärken, indem wir das Wissen
2923 verschiedener Wirtschaftsbereiche (z.B. Logistik, Landwirtschaft,
2924 Mikroelektronik) in der Stadt halten und besser vernetzen. Vorhandene Strukturen
2925 in Forschung und Entwicklung, wie das Leibniz-Institut für innovative
2926 Mikroelektronik (IHP) können für eine Clusterbildung und als Zentrum für die
2927 Zusammenarbeit mit innovativen kleinen und mittlere Unternehmen genutzt werden.

2928 Wir wollen den Austausch zwischen regionaler Wirtschaft und Universität fördern
2929 und in der Innenstadt attraktive Angebote für Gründer*innen entwickeln, vor
2930 allem aus dem Bereich der Kreativwirtschaft. Dazu müssen wir Frankfurt (Oder)
2931 und Słubice verstärkt als Standort für deutsch-polnische Unternehmensgründungen
2932 in den Fokus rücken. Frankfurt hat aufgrund seiner Lage und des besonderen
2933 Innovationspotenzials durch die Universität gute Ausgangsbedingungen, innovative
2934 kleine und mittlere Unternehmen anzuziehen, die grenzüberschreitend tätig sind.
2935 Die Stadt kann hier durch Beratung und Information in Kooperation mit den
2936 Wirtschaftsverbänden und Bildungsträgern wertvolle Hilfe leisten und Anreize
2937 schaffen. Damit wird die Vernetzung zwischen den Regionen auf beiden Seiten der
2938 Oder gefördert. Dies kommt besonders dem Handwerk, den
2939 Dienstleistungsunternehmen und der Landwirtschaft in der Region zu Gute.
2940 Zusätzlich muss jedoch auch ein attraktives städtisches Umfeld geboten werden.
2941 Hier sehen wir noch Ausbaupotenzial.

2942 Geringe Wirtschaftskraft und hohe Arbeitslosigkeit sind immer noch ein
2943 drängendes Problem, zu dessen Linderung Verwaltung, Politik, Gewerkschaften und
2944 Arbeitgeber*innen, die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die
2945 Bildungseinrichtungen an einem Strang ziehen müssen. Es gilt, die Stärken
2946 Frankfurts zu nutzen und weiter auszubauen, Fehlentwicklungen zu beheben und so
2947 die wirtschaftliche Basis der Stadt zu verbessern. Eine entscheidende Rolle
2948 spielen dabei unsere harten und weichen Standortfaktoren. Zentral für die
2949 Fachkräftegewinnung sind ein attraktives Wohnumfeld, passende Dienstleistungen,
2950 gut aufgestellte Schulen, interessante Kulturangebote, vielfältige Sport- und
2951 Freizeiteinrichtungen und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Frankfurt
2952 (Oder) muss seine Vorteile wie günstigen Wohnraum, Bauflächen und Kitaplätze
2953 stärker kommunizieren, weshalb wir die Zuzugskampagne der Stadtverwaltung
2954 ausdrücklich begrüßen.

2955 Wir wollen Möglichkeiten für lokale Beschäftigungsinitiativen und
2956 gemeinwohlorientierte Arbeiten unterstützen, die Menschen langfristig aus der
2957 Arbeitslosigkeit herausführen. Wir unterstützen Maßnahmen, die durch mit den
2958 Beschäftigten abgestimmte Teilzeitarbeit in der Verwaltung kostenneutral
2959 Beschäftigung sichern und zu mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten führen.
2960 Wir setzen uns dafür ein, dass bei gleichem Qualitäts- und Kostenniveau
2961 kommunale Aufträge unter Beibehaltung eines transparenten Vergabeweges möglichst

2962 an regionale Betriebe vergeben werden. So wird Beschäftigung in der Region
2963 gesichert.